

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1947**

7 (25.1.1947)

# DER NEUE TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr / Nummer 7

F B S W

Samstag, 25. Januar 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

## Stalin über internationale Probleme

Interview mit Elliot Roosevelt - Für neue Dreierkonferenz - Deutsche Säuberung nicht durchgeführt

Bad Nauheim. Die amerikanische Armeezeitung „Stars and Stripes“ verbreitet ein neues Interview, das Generalissimus Marshall Stalin dem Sohn des verstorbenen amerikanischen Präsidenten Roosevelt, Elliot Roosevelt, gewährt hat.

In diesem Interview gibt Stalin der Meinung Ausdruck, daß eine Demokratie wie die USA und ein Staat mit kommunistischem Regime wie die Sowjetunion friedlich Seite an Seite leben können. Das Schicksal der Vereinigten Nationen hänge von dem Grad der Einigkeit ab, der von den drei Großmächten erreicht wird. Ein Wirtschaftsabkommen auf breiter Grundlage zum Austausch von Fertigwaren und Rohstoffen zwischen den USA und der UdSSR wird von Stalin für einen wichtigen Schritt zur Schaffung des Weltfriedens gehalten.

Mit der sofortigen Bildung einer internationalen Streitmacht durch den Weltfriedensrat erklärte sich Stalin einverstanden.

Zur Frage der Atomenergie-Kontrolle sagte Marshall Stalin, nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung dürfe im Falle einer Kontrolle durch Inspektionen in Forschungs- und Fabrikanlagen auch gegenüber Sowjetrußland keine Ausnahme gemacht werden. Rußland müßte sich den gleichen Inspektionsvorschriften und Kontrollen unterziehen wie jedes andere Land.

Stalin hält weitere Zusammenkünfte der großen Drei zur Besprechung aller internationalen Probleme, die den Weltfrieden bedrohen, für „sehr nützlich“.

Zur amerikanischen Innenpolitik führte Stalin aus, er sei mit den inneren Verhältnissen der Vereinigten Staaten nicht sehr vertraut, aber es scheine ihm, daß das gegenwärtige Regime einen Teil des moralischen und politischen Kapitals das durch den verstorbenen Präsidenten Roosevelt erworben worden war, vergeudet hat, und daß dadurch der Sieg der Republikaner erleichtert worden ist.

In Bezug auf die Beziehungen und das gegenseitige Verständnis der USA und der UdSSR könne man in keiner Weise von einer Verschlechterung sprechen. Ganz im Gegenteil glaube er, erklärte Stalin, daß die Beziehungen enger geworden sind. Zwischen den Regierungen allerdings habe es Mißverständnisse gegeben.

„Als eine gewisse Verschlechterung eingetreten war, wurde großer Lärm geschlagen und behauptet, die Entwicklung in dieser Richtung werde weitergehen. Aber ich sehe darin durchaus keinen Anlaß zu Befürchtungen in dem Sinne, daß eine Friedensbedrohung oder gar ein militärischer Konflikt daraus entstehen könnte. Keine einzige der Großmächte könnte heute — und dies selbst nicht, wenn eine Regierung dies wollte — eine große Armee aufstellen, um gegen eine andere alliierte Macht, das heißt, eine andere Großmacht, zu kämpfen. Die Völker sind nicht mehr willens,

in den Krieg zu ziehen, sie sind des Krieges müde. Und zudem gibt es keinerlei verständliche Gründe, die ein neuen Krieg rechtfertigen könnten. Man wüßte überhaupt nicht, um was gekämpft werden sollte, und darum sehe ich nichts Beunruhigendes in der Tatsache, daß gewisse Vertreter der USA sich gern über die Verschlechterung unserer gegenseitigen Beziehungen auslassen. Wenn man alle diese Ueberlegungen beachtet, muß man, so glaube ich, zum Schluß kommen, daß die Gefahr eines neuen Krieges jeglicher Realität entbehrt.“

In seinen weiteren Antworten befürwortet Stalin einen kulturellen und wissenschaftlichen Austausch auf breiter Basis zwischen den USA und der UdSSR und auch den Austausch von Studenten, Künstlern, Forschern und Hochschullehrern. Auf die Frage, ob die beiden Großmächte sich auf eine gemeinsame, auf lange Sicht berechnete

Politik der Hilfeleistung gegenüber dem Fernen Osten einigen sollten, erwiderte der sowjetische Generalissimus, dies scheine ihm sehr nützlich: „Auf alle Fälle ist die Regierung der Sowjetunion bereit, eine gemeinsame Fern-Ost-Politik mit den Vereinigten Staaten zu verfolgen.“

Ein System von Anleihen und Krediten zwischen den USA und der UdSSR hält Stalin von Nutzen für beide Teile.

Die letzte Frage galt der Entnazifizierung von Deutschland. Elliot Roosevelt fragte, ob der Mißerfolg der Entnazifizierung in der amerikanischen und britischen Zone die Sowjetregierung ernsthaft beunruhige.

Stalin: „Man kann nicht von einer ernsthaften Beunruhigung sprechen, obwohl es für die Sowjetregierung nicht angenehm ist, daß dieser Punkt unseres gemeinsam vereinbarten Programms nicht verwirklicht wurde.“

## Demontage in der Sowjetzone endgültig eingestellt

Marschall Sokolowski gibt der SED bindende Zusicherungen

Berlin. Nach Verhandlungen Marschall Sokolowskis und seines Stabes mit den Vorsitzenden der SED, Pieck und Grotewohl, sowie deren Stellvertretern Ulbricht und Fechner, hat die sowjetische Militärregierung sich einverstanden erklärt, die Demontagen endgültig einzustellen. Nur in sieben Kohlengruben sollen für den Wiederaufbau zerstörter Bergwerke der Sowjetunion unbedingt benötigte Maschinen abgebaut werden, doch werden auch hier die Kraft- und Pumpsanlagen von der Demontage verschont bleiben, um einen späteren Wiederaufbau zu erleichtern.

Von den 200 Großbetrieben, die ursprünglich für die Demontage vorgesehen waren, und dann als Sowjet-Aktiengesellschaften in Deutschland belassen wurden, sollen 74 den deutschen Landesregierungen zurückgegeben werden. Marschall Sokolowski sagte weiter zu, die Warenleistungen für Reparationen erheblich herabzusetzen. Schuhe, Kleider und ähnliche Erzeugnisse, die aus ausländischen oder eingeführten Rohstoffen hergestellt werden sowie die zur Herstellung dieser Güter notwendigen Rohstoffe, ferner die gesamte Kaliproduktion, die für die Herstellung von Düngemitteln benötigt wird, werden künftig nicht mehr als Reparationen gefordert werden. Wird in Ausnahmefällen dennoch die Ausfuhr von Zellwolle verlangt, so wird die Sowjetunion als Ersatz Baumwolle liefern. Die Vertreter der SED legten dar, daß die in dem Industrieplan des Kontrollrates vorgesehenen Leistungsziffern der deutschen Wirtschaft vollständig unzureichend sind. Marschall Sokolowski erklärte darauf, daß das Produktionsniveau in der sowjetischen Besatzungszone das Doppelte bis Dreifache der im Plan vorgesehenen Mengen erreichen soll.

Zu diesen Entscheidungen der Militärregierung bemerkten die Vertreter der antifaschistischen Parteien u. a.:

Wilhelm Pleck (SED): „Marschall Sokolowskis Entscheidungen zeigen ein großes Ver-

ständnis für die lebensnotwendigen Interessen der deutschen Bevölkerung und ein hohes Maß von Vertrauen gegenüber den antifaschistisch-demokratischen Kräften.“

Jakob Kaiser (CDU): „... Zum andern stellen am Vorabend der internationalen Entscheidung über die deutsche Frage die Beschlüsse des Marschalls Sokolowski ein ermutigendes Symptom der Regelung der gesamten deutschen Dinge überhaupt dar.“

Dr. W. Külz (LDP): „Die Sowjet-Union gibt mit diesem Vorgehen dem deutschen Volke einen Beweis ihrer Bereitwilligkeit, dem deutschen Volke in seiner Notlage Erleichterungen zu verschaffen.“

## Befriedigung beim FDGB

Berlin (Eig. Bericht). Der Vorsitzende des FDGB, Hans Jentzsch, gab zu den jüngsten Maßnahmen der sowjetischen Militärregierung folgende Erklärung ab: „Die Erklärungen Marschall Sokolowskis werden auch bei den 3,5 Millionen Gewerkschaftlern außerordentliche Befriedigung hervorrufen. Damit werden zahlreiche Wünsche erfüllt, welche im Verlauf der Betriebsversammlungen und der Gewerkschaftsfunktionärsitzungen sowie bei den Betriebsrätekonferenzen ausgesprochen wurden, und die durch den Vorstand des FDGB dringend der sowjetischen Verwaltung übermittelt worden waren.“

## Verbesserung der Ernährung in der Ostzone

Berlin. Auf mehrfache Vorstellungen der SED haben die sowjetischen Behörden nunmehr die niederste Lebensmittelkarte abgeschafft und die Einstufung der Betroffenen in die Kategorie 4 und 5 „Angestellte“ verfügt. Für Dresden und Leipzig wurde auch die Karte 5 abgeschafft und durch die Karte 4 ersetzt. Damit wird die Ernährung in der Sowjetzone weiter verbessert.

## Entflechtung der Konzerne?

Herr Dinkelbach oder die Kunst der Sabotage

Durch die Presse geht die Nachricht, daß die „Norddeutsche Eisen- und Stahlkontrolle“ unter Führung ihres Beauftragten, Direktor Dinkelbach, einen Plan ausgearbeitet hat, durch den die große Eisen- und Stahlwerke der britischen Zone von den Konzernen gelöst werden sollen. Direktor Dinkelbach versichert, daß in Zukunft die Konzerne in keiner Weise über ihr Vermögen mehr verfügen können. Die einzelnen Unternehmen sollen in Aktiengesellschaften umgewandelt werden, in deren Aufsichtsrat paritätisch die Arbeitnehmer und „die Wirtschaft“ vertreten sein sollen. Das Ganze läuft vielerorts unter dem altbekanntesten Schlagwort: „Seht her, wir sozialisieren!“

Es ist natürlich klar, daß die Bildung solcher Aktiengesellschaften keine Sozialisierung ist, denn nach wie vor stehen die einzelnen Gesellschaften einmal unter dem Einfluß ihrer alten Besitzer, die sich hinter der schönen Marke „Vertreter der Wirtschaft“ verbergen, und zum andern stehen auch diese neuen Gesellschaften unter den Gesetzen der planlosen kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Doch mindestens so interessant wie diese Feststellungen ist die Betrachtung der Person des Herrn Direktor Dinkelbach, der da plötzlich aus heiterm Himmel so sozialisiert.

Wer ist Dinkelbach? Ein jetzt 55-jähriger ehemaliger Lagerbuchhalter der Maschinenfabrik Thyssen. Aufsichtsrat der Vereinigten Stahlwerke, 1933-er P.g., Propagandaredeur der deutschen Konzerne für eine stete Steigerung der mörderischen Akkordsätze. Der Name Dinkelbach zieht sich seit 1928 wie ein roter Faden durch die Geschichte der deutschen Konzerne und taucht immer dort auf, wo in der Schwerindustrie or-

ganisatorisch, finanziell, steuerlich, preislich, kostenmäßig und sozial etwas verschleiert, verschachtelt, verfilzt — kurz: unentwirrbar gestaltet werden mußte.

Dieser Mann sollte ernsthaft an die Entflechtung der Konzerne gehen wollen? Die englische Wochenzeitung „Tribune“ veröffentlichte über ihn am 20. Dezember einen Artikel mit der Überschrift „Die Kunst der Sabotage“. Das sagt alles. Man möge sich nicht wundern, wenn wir gegenüber der Zerschlagung der Kartelle und der Demokratisierung der deutschen Wirtschaft skeptisch bleiben, solange Dinkelbach & Co. das große Wort führen. Denn uns und allen Werktätigen ist es diesmal bitter ernst.

## Es lebe die Arbeitersolidarität!

Offenburg. In ihrer Mitgliederversammlung vom 22. Januar 1947 beschloß die Kommunistische Partei Offenburg, folgende Resolution, in den badischen Gewerkschaftsvertretern den Dank der politischen Arbeiterbewegung für ihr mutiges Eintreten für die Interessen der badischen Werktätigen auszusprechen:

Die heutige Mitgliederversammlung der KP, Ortsgruppe Offenburg, nahm ausführlich Stellung zu der Aussprache zwischen den Vertretern des Weltgewerkschaftsbundes und den badischen führenden Gewerkschaftskollegen, über die im NEUEN TAG berichtet wurde. Für Eure klare, klassenbewußte, kämpferische Haltung, die sich mit unserer politischen Einstellung deckt, versichern wir Euch unserer Verbundenheit. Es lebe die Arbeitersolidarität der Welt im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus, für Sozialismus und Völkerfrieden! KP Offenburg.

Otto Grotewohl (Berlin):

## Für eine bessere Zukunft

Sämtliche Besatzungsmächte ohne Ausnahme fordern und erhalten laufend von Deutschland Reparationen, deren endgültige Höhe nicht festgelegt ist. Nach einer amerikanischen Meldung haben die von Deutschland geschädigten Staaten bisher Ansprüche von etwa 1000 Milliarden Dollar angemeldet. Es ist klar, daß diese astronomische Summe nicht real ist. Die Erfüllung von Ansprüchen dieser Größenordnung würde die Kräfte des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft um ein Vielfaches übersteigen und die Henne töten bevor sie ein Ei gelegt hat.

Deutschland muß leben können, wenn es seine Verpflichtungen erfüllen soll. Ein krankes und hungerndes Deutschland müßte für alle Zeiten zu einem Herd sozialer Unrast mitten in Europa werden und die Gesundheit der Welt belasten.

Wir wissen, daß wir die Zeche des Hitlerkrieges bezahlen müssen. Die Zahlung muß aber so erfolgen, daß wir neben der Wiedergutmachung auch für unsere eigene Zukunft tätig sein können. Die Entwicklung der eigenen Reparationsverantwortung des gesamten deutschen Volkes dürfte sonst auf große Schwierigkeiten stoßen. Die gegenwärtige schwere wirtschaftliche Belastung des deutschen Volkes zeigt uns bereits, wie Hunger, Krankheit und Kälte die Arbeitskraft und den Willen zum Wiederaufbau lähmend beeinflussen. Mutlosigkeit, politische und wirtschaftliche Apathie greifen um sich. Die große Sorge um die Zukunft unseres Volkes wächst von Tag zu Tag.

Bisher kennen wir die klar umrissene Forderung für unsere Leistung nur von der Sowjetunion. Sie verlangt für die Wiedergutmachung der durch deutsche Truppen verursachten Sachschäden von 679 Milliarden Rubel von Deutschland Lieferungen im Werte von 10 Milliarden Dollar. In dieser Summe sind die Beträge für alle demontierten Werke und Maschinen enthalten. Die Sowjetunion hat uns gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß es ihr darauf ankommt, möglichst schnell in den Besitz des Reparationsgutes zu kommen, damit es für den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete eingesetzt werden kann. Wir machen andererseits kein Hehl daraus, daß diese an sich berechnete Art der Wiedergutmachung durch Demontage eine schwere Belastung der Ostzone darstellt. Auch die sofortigen Lieferungen aus der laufenden Produktion haben eine schwere Last auf uns gewälzt.

Die Sozialistische Einheitspartei lehnt es ab, sich mit der Demontage belasten zu lassen, die nichts weiter als das Erbe der verbrecherischen Hitlerpolitik ist. Wir haben jedoch überall wo es uns möglich war, bei der Demontage-Durchführung das Ziel verfolgt, uns soviel von den jeweils demontierten Betrieben zu überlassen, daß uns ein Wiederaufbau in der Zukunft möglich sein wird. Es ist selbstverständlich, daß hierbei die Kriegs- und Rüstungsbetriebe restlos ausgenommen waren. In der Frage der Demontage hat die Sozialistische Einheitspartei wieder und immer wieder versucht, Härten zu mildern und die Möglichkeiten des Wiederaufbaues zu erhalten.

Im Vertrauen auf die Äußerungen sowjetischer Staatsmänner über das Schicksal Deutschlands hat die Sozialistische Einheitspartei ihre Verhandlungen mit der sowjetischen Mil-

## Ein Mann auf Amtswegen



VII. Die Tür blieb zu, ihm bleibt der Strick. Bald schaut er auf die Qual zurück...

## Regierung Ramadier in Frankreich

Paris. Paul Ramadier wurde von der Nationalversammlung mit 549 von 549 abgegebenen Stimmen als Regierungspräsident bestätigt. Er hat dem Präsidenten der Republik die Mitglieder seiner Regierung vorgestellt, die folgendermaßen zusammengesetzt ist: Stellvertretende Ministerpräsidenten: Maurice Thorez (Komm.), P. Teilhard (MRP); Staatsminister: Felix Gouin (SFIO), Marcel Rocard (Unabh.); Justiz: André Marie (Rad.-Soz.); Luftfahrt: André Maroselli (Rad.-Soz.); Jugend, Kunst und Schrifttum: Pierre Bourdan (ULSR); Wirtschaft: André Philip (SFIO); Öffentliche Arbeiten: Jules Moch (SFIO); Industrielle Produktion: Robert Lacoste (SFIO); Landwirtschaft: Tanguy-Prigent (SFIO); Unterrichtswesen: Marcel Edmond Naegelen (SFIO); Inneres: Edouard Depreux (SFIO); Ueberseeische Gebiete: Marius Moutet (SFIO); Aeußeres: Georges Bidault (MRP); Finanzen: Robert Schuman (MRP); Kriegsmaterial: Paul Coste-Floret (MRP); Landesverteidigung: François Billoux (Komm.); Arbeit: Ambroise Croizat (Komm.); Öffentliche Gesundheit und Bevölkerungsfragen: George Marane (Komm.); Wiederaufbau: Charles Tillon (Komm.); Marine: Louis Jacquinot (Unabh.); Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer: François Mitterand (Unabh.).

## Herriot Präsident der Nationalversammlung

Paris. Mit 429 von 584 abgegebenen Stimmen ist Edouard Herriot zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden. 129 Stimmen entfielen auf andere Kandidaten, 26 leere oder ungültige Stimmzettel wurden abgegeben.

## Rücktritt der italienischen Regierung

Rom. Nach dem Rücktritt der vier sozialistischen Minister ist die italienische Regierung zurückgetreten. Ministerpräsident de Gasperi wurde mit der Neubildung beauftragt.

tärverwaltung geführt. Es sei nur erinnert an das Stalinwort aus dem Jahre 1942: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt“, oder an das Interview vom 23. Oktober 1946, in dem Stalin auf die Frage „soll man dem deutschen Volk erlauben, seine Industrie und seinen Handel wieder herzustellen, damit es sich selbst versorgen kann?“ die klare Antwort gab: „Ja, das soll man.“

Wir haben auch sehr ernsthaft die Rede Molotows auf der Pariser Konferenz des Rates der Außenminister überprüft, in der er die Bereitwilligkeit der Sowjetunion für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland betonte, aber ausdrücklich sagte: „Bevor ein solcher Vertrag abgeschlossen wird, muß eine einheitliche deutsche Regierung geschaffen werden, die demokratisch genug ist, um die Reste des Faschismus in Deutschland auszurotten und verantwortlich genug, um ihre Verpflichtungen den Alliierten gegenüber, darunter auch insbesondere hinsichtlich der Reparationslieferungen an die Alliierten, zu erfüllen.“

Solche antifaschistischen und demokratischen Voraussetzungen zu schaffen war das Ziel für die politische Arbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Darum haben die beiden Arbeiterparteien der Ostzone sich bereits im Jahre 1945 für die Bodenreform mit Nachdruck eingesetzt, um die Kriegsverbrecher und aktiven Nazis enteignet und die großen Betriebe in die öffentliche Hand übergeführt, darum haben wir die Industriereform und die Schulreform durchgeführt und darum haben wir schließlich und endlich die Vereinigung der beiden großen Arbeiterparteien in der Ostzone vollzogen. Dadurch haben wir eine demokratisch-

politische Kraft geschaffen, die stark genug ist, den Faschismus zu beseitigen und das Aufkommen neuer militaristischer und imperialistischer Aggressionskräfte unmöglich zu machen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat ihre Aufgabe darin gesehen, die schrittweise Entwicklung des demokratischen Lebens zu gewährleisten. Durch diese konsequente und planvolle politische Arbeit haben wir um das Vertrauen der Welt und der Besatzungsmächte geworben. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands glaubte sich darum berechtigt, als Sprecher des Volkes in der östlichen Besatzungszone aufzutreten. In monatelangen ununterbrochenen und schwierigen Verhandlungen haben wir versucht, die Lebensverhältnisse des Volkes zu verbessern und die Lasten der Wiedermachung erträglich zu gestalten. Wir glauben uns dazu berufen und berechtigt, unter Hinweis auf unsere konsequente demokratische Politik an die Versprechungen der sowjetischen Staatsmänner zu appellieren.

Das vorläufige Ergebnis dieser Politik ist bekannt (siehe die Meldungen aus Berlin auf der ersten Seite). Die Sozialistische Einheitspartei sieht in diesem Ergebnis nicht nur den Erfolg ihrer Verhandlungen, sondern auch die Anerkennung für die Richtigkeit der von ihr bisher vertretenen Politik.

Die Wirtschaftspolitik der Besatzungsmächte hat leider in Deutschland zu einer außerordentlichen Verschiedenartigkeit der Verhältnisse geführt. In der Ostzone befinden wir uns vor dem Übergang zu einer geregelten Wirtschaftsplannung, die dem Volk einen erheblichen Teil seiner Arbeit beläßt und ihm eine neue Zukunftsaussicht schenkt. Deutschland wird kein Kartoffelacker, sondern ein Industrieland sein!

Aber nichts wird dem deutschen Volk müheles in den Schoß fallen. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir annehmen wollten, daß diese Beseitigung uns etwa ohne Anstrengungen in eine bessere Zukunft führen könnte. Es wird unsere Aufgabe sein, die uns gegebenen Möglichkeiten zu nutzen und durch Hebung der Arbeitsmoral, durch Produktionssteigerung und durch Steigerung des Wiederaufbauwillens die Voraussetzungen für ein besseres Leben zu schaffen.

Das deutsche Volk ist in seiner Gesamtheit daran interessiert, über den Umfang der für die Ostzone getroffenen Regelungen hinaus zu erfahren, wie hoch die zu leistenden Gesamt Reparationen sind. Für uns Sozialisten steht das Gesamtschicksal des deutschen Volkes höher als die Behandlung einer Zone. Darum erheben wir immer wieder unseren Ruf nach der uns angekündigten politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Ohne seine Einheit wieder zu erlangen, hat Deutschland keine Zukunft. Wir erwarten von allen Besatzungsmächten, daß man dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit — trotz des Widerstandes internationaler Finanz- und Monopolkreise — auch in den Westzonen die Möglichkeit gibt, durch eine weitgehende Demokratisierung der Wirtschaft die Voraussetzungen zu schaffen für die Ankurbelung der Produktion.

Die Sozialistische Einheitspartei erhofft auch in den Westzonen eine durchgreifende Entnazifizierung und Demokratisierung, damit das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Kräfte mobilisieren kann, um so schnell wie möglich die Reparationslast von seinen Schultern zu nehmen, den Aufbau des Vaterlandes zu fördern und einen achtbaren Platz unter den Völkern zu gewinnen.

## 66 Millionen-Warenaustauschabkommen

Deutsche Vertreter der britischen, amerikanischen und französischen Zone fordern Verkehrsvereinfachungen

**Minden.** Die ersten interzonalen Verhandlungen zwischen dem vereinigten amerikanisch-britischen Besatzungsgebiet und der französischen Zone, die beiderseitig von deutschen Vertretern geführt wurden, hatten den Warenaustausch im ersten Quartal dieses Jahres zum Gegenstand, sowie wichtige Fragen des interzonalen Handels, des Güter-, Zahlungs- und Reiseverkehrs. Unter Vorbehalt der Zustimmung der französischen Militärregierung wurde folgendes beschlossen:

1. Einführung des seit dem 1. Januar 1947 im amerikanisch-britischen Besatzungsgebiet geltenden vereinfachten Antragsverfahren durch die französische Zone;

2. Schaffung der notwendigen organisatorischen Voraussetzungen für die Abwicklung der vereinbarten und noch später zu vereinbarenden Warenlieferungen;

3. Rückführung der vor dem 8. Mai 1945 nachweislich in die jeweiligen Besatzungsgebiete verlagerten Güter;

4. Einführung einer einheitlichen Interzonenstatistik.

Außerdem wurden an die beiderseitigen Militärregierungen im Interesse einer Unterstützung des legalen Interzonenhandels die dringende Bitte gerichtet, den Paßzwang im Reiseverkehr zwischen den Zonen aufzuheben. Anstelle der bisher unter großen Schwierigkeiten zu erlangenden Reisepässe sollen die in den jeweiligen Zonen ausgegebenen Personalausweise treten. Außerdem wurde auf die Notwendigkeit der Schaffung einheitlicher Reisemarken für Lebensmittel, Treib- und Schmierstoffe hingewiesen. Bezüglich des Postverkehrs wurde vorgeschlagen, alle Beschränkungen für den interzonalen Post-, Telegraf- und Telefonverkehr aufzuheben, damit auch für den Verkehr zwischen den Zonen in Zukunft die gleichen Bestimmungen gelten, wie innerhalb der einzelnen Zonen.

Zwischen dem amerikanisch-britischen Besatzungsgebiet und der franz. Zone sind für das erste Quartal des Jahres Lieferungen in Höhe von 33 Millionen Mark, also ein Warenaustausch von insgesamt 66 Millionen Mark, berechnet zu dem am 31. 12. 44 gültig gewesenen Preis, vereinbart worden. Seitens des amerikanisch-britischen Gebietes werden in erster Linie Eisen, Stahl, sowie deren Fertigerzeugnisse, wie Maschinenersatzteile usw., Textilien, Sperrholzplatten, Autoreifen, technische Gummiwaren, Nichtmetalle, chemische Erzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse Baustoffe Papier, Büroartikel und Zucht-

vieh geliefert. Die französische Zone wird dem amerikanisch-britischen Gebiet vornehmlich Schmittholz, Grubenholz, Textilien, Uhren, chirurgische Instrumente, feinmechanische Erzeugnisse, Stahl und Eisen, sowie Fertigerzeugnisse, einschließlich Land- und Nähmaschinen, Erze, feuerfeste Materialien, chemische Erzeugnisse, Papier und Zellstoff, Tabak und Schlachtvieh zur Verfügung stellen.

Es wurden weiterhin Vorbesprechungen für die Lieferungen im zweiten Quartal abgehalten. Die endgültigen Abmachungen darüber sollen in den ersten Tagen des Monats März getroffen und bis dahin von den bereits im September vorigen Jahres beschlossenen interzonalen Fachausschüssen vorbereitet werden.

**Währungsreform in den Westzonen?**

Berlin, General Mac Narney gab bekannt, daß die USA, Großbritannien und Frankreich sich

grundsätzlich über die Durchführung einer Währungsreform in Deutschland einig seien. Mit den sowjetischen Militärbehörden hätten diesbezüglich noch keine Verhandlungen stattfinden können. Dies ist die erste amtliche Äußerung über die Möglichkeit einer nicht einheitlich durchzuführenden Währungsreform in Deutschland.

### Bergarbeiter zur Kohlennot

Essen. Bei einer Umfrage seitens der westdeutschen Presse erklärten die Bergleute, man dürfe keine Mehrleistung von ihnen verlangen, weil die Zusagen über Zuteilung an Hausbrand für die Bevölkerung bisher unerfüllt blieben. Bisher sei nichts Ernsthaftes geschehen, um der Kälte entgegenzutreten. Krankenhäuser, Entbindungsanstalten und Wöchnerinnenheime seien immer noch ungeheizt. Solange man nicht sicher sei, daß die Kohle auch dem deutschen Volke zugute komme, werde man keine Mehrleistung erzielen.

## Die Londoner Konferenz

Wer soll den deutschen Frieden unterzeichnen?

London, (Rheina). Acht Tage nach Beginn der Konferenz der Sonderbeauftragten über die deutschen und österreichischen Probleme ist es noch unmöglich, zu wissen, ob diese Konferenz ein Erfolg oder ein Mißerfolg sein wird. In dieser Woche hat man in der Tat erst einmal das Terrain sondiert und keine einzige der Delegationen hat bis jetzt ihre Karten aufgedeckt. So kommt es, daß man immer noch dabei ist, die Präambel des Vertrags mit Oesterreich zu erörtern, und niemand hat bis jetzt endgültig zu der französischen Anregung Stellung genommen, in der vorgeschlagen wird, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs diesmal formell von den vier Signatarmächten des Vertrages garantiert wird. Der Unterausschuß, der sich mit der Abfassung der Präambel beschäftigt, sollte alle Sätze, über die noch keine Einigung erzielt ist, mit Anführungszeichen versehen: bis jetzt ist sozusagen der ganze Text, den er bearbeitet, fast ohne Unterbrechung in Anführungszeichen gesetzt.

Was Deutschland betrifft, so hat man sich darauf beschränkt, vom Gesichtspunkt der Geschäftsordnung aus die sowjetische These, nach der die Vier die anderen interessierten Staaten der Reihe nach anhören sollen, anzunehmen. Man hat die erste Kernfrage: „Soll eine deutsche Regierung aufgefordert werden, mit den Alliierten einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, durch den ein verwaltungsmäßig neu organisiertes Deutschland anerkannt wird?“ nur in einer sehr vagen Form behandelt. Die amerikanische Delegation hat darüber hinaus durchblicken lassen, daß sie es gerne sähe, daß eine Formulierung gefunden würde, die die Deutschen verpflichtet,

den Vertrag anzunehmen, ohne daß die unterzeichnende deutsche Regierung in den Augen der Deutschen für verächtlich gilt.

### Oesterreich ist überrascht

London. Ein offizieller österreichischer Sprecher gab seiner Überraschung über die von dem jugoslawischen Vertreter bei der Londoner Konferenz erhobene Forderung Ausdruck, daß es Oesterreich nicht gestattet werden solle, bewaffnete Streitkräfte zu unterhalten.

„Den früher mit Deutschland verbündeten Staaten sind in den Friedensverträgen Armeen von begrenzter Stärke zugestanden worden“, fügte er hinzu. „Wenn man Oesterreich, welches niemals mit Hitler-Deutschland ein Bündnis schloß, sondern Deutschlands erstes Opfer war, daran hinderte, irgendeine Art bewaffneter Streitmacht zu unterhalten, so wäre dies ein eigenartiger Weg zur Bewahrung der österreichischen Freiheit und Unabhängigkeit.“

### Aus dem Saargebiet

Saarbrücken. Wie die „Nouvelles de France“ melden, wurde während des Parteitages der Christlichen Volkspartei des Saargebietes die Eingliederung des Saargebietes in die französische Wirtschaft gefordert. Außerdem wurde der Ausschluß sämtlicher „Nicht-Saarländer“ aus den öffentlichen Diensten und der Verwaltung verlangt. Ein Ausschuß soll ernannt werden, um die „preußischen Elemente“ ausfindig zu machen.

### Sieg der Volksparteien in Polen

Warschau. Nach dem haubamtlichen Gesamtergebnis haben sich 89,9 Prozent der eingeschriebenen Wähler an der Wahl zur Nationalversammlung beteiligt. 12 Millionen 701 056 Wähler waren in ganz Polen eingeschrieben. 11 Millionen 413 618 gingen zur Wahlurne, 168 745 Stimmzettel waren ungültig. Die verschiedenen Parteien erhielten insgesamt folgende Stimmen:  
Regierungsblock: 9 Mill. 3682 Stimmen (80,1 Prozent) 392 Sitze.  
Polnische Bauernpartei: 1 Mill. 154 847 Stimmen (10,3 Prozent) 28 Sitze.  
Arbeitspartei: 530 979 Stimmen, 12 Sitze.  
Partei „Nowy Wyzwolenie“: 397 754 Stimmen, 8 Sitze.  
Andere Gruppen: 157 611 Stimmen, 4 Sitze.

### Stalin geht nicht nach London

Moskau. Im Gegensatz zu zahlreichen Pressemeldungen hat nicht Generalissimus Stalin, sondern der sowjetische Generalstabschef Marschall Wassiljewskij eine Einladung des britischen Generalstabschefs Marschall Montgomery angenommen.

### Kabus zum Tode verurteilt

Stuttgart. Sämtliche Angeklagten im Prozeß gegen die Stuttgarter Spruchkammer-Attentäter, ausgenommen der Angeklagte Engelhardt, wurden in allen Punkten der Anklage für schuldig befunden. Engelhardt wurde nur in einem Punkt für schuldig erklärt.

Siegfried Kabus wurde zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Angeklagten Helmut Klumpp Fritz Peter Ostertag, Hans Klaus, Herbert Klumpp und Hans Kurt Wagner erhielten je 30 Jahre Zuchthaus, Engelhardt 15 Jahre Zuchthaus, Christian Klumpp und Edgar Betz je 10 Jahre Zuchthaus.

### Der Dinter-Prozeß vertagt

Pg. Nr. 5 der antisemitische Hetzschriftsteller und einstige NSDAP-Gauleiter für Thüringen, Arthur Dinter, sollte sich am Donnerstag vor dem Amtsgericht Offenburg wegen Beleidigung des Chefredakteurs der Zeitschrift „DND im Bild“, Hermann Ahrens, verantworten. Infolge Erkrankung Dinters wurde der Termin abgesetzt und die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

### Land Bremen

Bremen. Zur Vervollständigung des Länderaufbaues der amerikanischen Zone ist nun auch die ehemals freie Hansestadt Bremen zu einem selbständigen Land mit Sitz im Länderrat umgebildet worden. Damit zählt die amerikanische Zone vier Länder ebenso wie die britische Zone mit den Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg.

### Gegenwärtiger Stand der Länderbildung



Die deutsche bürgerliche Demokratie gedenkt gern der ruhmvollen Taten ihrer Väter in der 48er Revolution, die es endlich zu vollenden gilt. Auch das katholische „Suso-Blatt“ (Konstanz, 5. 1. 47) erinnert an den revolutionären Freiheitskampf des deutschen Bürgertums von 1848. Aber auf eine merkwürdige Art. Wörtlich: „Am 18. September 1848 wurden in Frankfurt am Main die bestialisch ermordeten Opfer der Revolutionshorden zu Grabe getragen.“ (Also die Frankfurter Demokraten, die sich gegen die österr.-preussische Soldateska wehrten, werden hier als „Revolutionshorden“ beschimpft!) „Da stieg Emanuel Ketteler, der nachmalige Bischof von Mainz, auf den ausgehobenen Grabhügel und stellte angesichts der Leichen die Frage an das Weltgewissen: „Wer sind die Mörder?“

Diese „Mörder“, also die 48er Demokraten, werden nun so charakterisiert:

„Die Mörder sind jene Männer, die dahin streben, im Volk den Glauben an den allmächtigen Gott zu vertilgen. Es sind jene Männer, die Christus, das Christentum, die Kirche vor dem Volk verhöhnen, verspotten, verlachen und mit ihrem niedrigen Geifer beflecken. Es sind jene Männer, die die besiegende, frohe Botschaft von der Erlösung der Menschheit im Herzen des Volkes zu vertilgen streben. Es sind jene, welche das Volk von Umsturz zu Umsturz führen.“

Das ist wahrhaft ein ausgezeichnetes demokratischer Geschichtsunterricht, den das Suso-Blatt den jungen Christen gibt. Ich traute meinen Augen nicht und fragte bei dem Redakteur Stadtpfarrer Geistl. Rat Steiert, Konstanz, nach. Er antwortete, daß er mit diesem Abdruck der „Leichenpredigt anlässlich der Revolte() 1848 lediglich der religiösen Bildung unserer Jugend einen Auftrieb geben wollte.“

Arme christliche Jugend, wenn Du heute solche Geschichtslehre hast. Und was sagt die CSV dazu, die doch jetzt auch eine demokratische Partei ist? K.B.

„Der Ministerpräsident ist bei der Bestimmung der Richtlinien der Bestimmung der Richtlinien unabhängig... Als Ministerpräsident trägt er die Verantwortung für die Gestaltung der Gesamtpolitik, deren Richtung innerhalb des Staatsministeriums allein von ihm bestimmt wird... Dabei bestimmt der Ministerpräsident allein, was zu seiner Zuständigkeit gehört und was nicht... Der Ministerpräsident hat die Vertretung des Landes nach außen. Staatsverträge werden von ihm abgeschlossen. Die Vertretung umfaßt den Verkehr des Landes mit dem deutschen Gesamtstaat und den außerdeutschen Staaten.“ So zu lesen in der Begründung der SPD Niedersachsens für ihren „Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Landesgewalt!“

Auf gut deutsch: Der Ministerpräsident ist autoritärer Führer der Landesgeschichte. Er ist zugleich Außenminister. Der nächste Schritt ist leider bekannt: Gute Nacht, Demokratie! Die Errichtung niedersächsischer Botschaften im Ausland wäre nur eine — für Deutschland allerdings unerträgliche — Begleiterscheinung. Das ist Niedersachsen, wo Hitlers Oststillekommissar Gereke als Vertreter der CDU der Regierung angehört und der Präsident ein Sozialdemokrat ist. G.

Auf dem deutschen Acker wachsen noch viele Giftpflanzen. Man schlägt ihnen die Köpfe ab, aber sie wachsen neu aus den gifthaltigen Wurzeln heraus. Eine solche Giftpflanze ist die Reichsvereinigung Kohle. Ihr war die ganze deutsche Kohlenwirtschaft für die Zwecke des Eroberungskrieges unterstellt, und in der Person ihres Leiters Paul Pleiger war sie mit der Wirtschaftsgruppe Kohlenbergbau und den imperialistischen Kohlenyndikaten durch die A.G. der Kohlenwertstoffverbände verbunden. Im Präsidium saßen die Monopollen Krupp, Röchling, Stumm, Flick, Poensgen u.a.m.

Man glaubt es kaum, aber es ist Wahrheit: auf dem Boden der Scheindemokratie, die man uns von kapitalistischer Seite wieder präsentiert, feiern diese Kriegstreiber- und Sklavenhalterorganisationen fröhliche Auserstehung. In Essen sitzt nach wie vor die Reichsvereinigung Kohle, nimmt Führung mit der ganzen Industrie im westlichen Deutschland, will die technisch-wirtschaftliche Brennstoffversorgung überwachen und gibt Rundschreiben heraus.

Demokratie in der Wirtschaft? Aber erst wenn der Arbeiter zur Spitzhacke greift, um die Giftpflanze endlich mit Stumpf und Stil auszurotten. A.H.R.

### Schuldige und unschuldige Bauern

Bei diesem Artikel in Nr. 5 war versehentlich die Vorbemerkung weggefallen, daß es sich um eine Darstellung der Lage in der Ostzone gehandelt hat, welche wir dem illustrierten „Freien Bauern“ in Berlin entnehmen. Der aufmerksame Leser wird das selbst bemerkt haben, da in dem Artikel von der Durchführung der Bodenreform, eines Anbauplanes usw. gesprochen wurde, was in unserer Zone ja noch unerreichte Dinge sind.

### Säuberungsminister blieb im Amt

Stuttgart. Trotz seinem vor einigen Wochen erklärten Rücktritt ist der württembergische Säuberungsminister Gottlob Kamm im Amt geblieben.

### DER NEUE TAG

Volkszeitung für Baden und Württemberg

Chefredakteur: Dr. Karl Bittel  
Redaktion: (127) Offenburg, Kornstr. 1, Tel. 1374, Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. Verlag: Südwest-Verlag, c.G.m.b.H., (178) Offenburg, Hauptstr. 115. Postfach 30. Fernruf 2127. — Erscheint Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einw. Trägerlohn, bei Postbezug zuzügl. Bestellgeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

# Schicksal des Mittelstandes / Johann Peter Hausmüller

Die Mittelschichten am Wendepunkt zwischen Reaktion und Fortschritt

Wenn wir uns heute in der Öffentlichkeit mit dem Studium der Wirtschaftsgeschichte befassen, dann könnte man sich zunächst einmal die Frage vorlegen, ob wir in unseren Tagen der Not und des Elends wohl nichts Wichtiges zu tun hätten. Doch, — es ist notwendig, notwendiger denn je, weil wir endlich aus dem Gewesenen und Gewordenen lernen müssen. Wir sind ein Volk alter Kultur, das aus dem eigenen Werden zu lernen hat, will es nicht wieder einen falschen Weg einschlagen, der endgültig und unwiderrücklich in den Tod führen müßte. Nur dann machen wir die künftige Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, wenn wir die Geschichte der deutschen Wirtschaft erforschen, das Richtige erkennen, und verwirklichen.

Das gilt in besonderer Weise für den Mittelstand. Vorausgreifend stellen wir fest, daß dieser tatsächlich nicht mehr besteht. Die Menschen, welche sich heute noch zu ihm bekennen, müssen endlich die ideologische Tarnkappe ihres Sonderlebens herunterreißen. Wert hat nur das Konkrete und zum Konkreten müssen, — die mit blinden Augen am Abgrund ihrer Ideale stehen, —

## Handwerker und Pfahlbürger

Er leitet sich aus jenen gewerbetreibenden Bevölkerungsteilen ab, die aus der grundherrlichen Unfreiheit des flachen Landes als sogenannte Spieß- oder Pfahlbürger vor mehr als einem Jahrtausend in die sich damals bildenden Städte einwanderten, wo sie die untere Volksschicht, das Kleinbürgertum, bildeten. Der Grundsatz „Stadtluft macht frei“ zog die besten Kräfte an. Dieses Handwerkertum verfügte frei und unabhängig über die Produktionsmittel und war tatsächlich ein Wirtschaftsstand, der wirkliche Güterproduzent, unabhängig von den Handelsherren des beginnenden Frühkapitalismus. Erst später gerieten sie durch das sogenannte Verlegersystem in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu jenen. Von einem „Stand der Mitte“ konnte aber nicht gesprochen werden, weil die Handwerker-gesellen den Meistern sozial gleichstanden. Wenn die Gesellen auch nicht über Produktionsmittel verfügten, so waren sie doch durch eine planvoll gebundene Produktions- und Preispolitik vor Ausbeutung geschützt. Die Handwerksmeister der Zünfte waren eben keine Kapitalisten und das Gesellentum war kein ökonomischer Gegenspieler, sondern eine organische Vorstufe zum Meistertum und damit zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Verfügung über die Produktionsmittel.

Das änderte sich dann Schritt um Schritt im Zeitalter der Industrialisierung und der Entwicklung zum Hochkapitalismus. Die Geburtsstunde des Mittelstandes hatte geschlagen. In der französischen Revolution von 1789 warf das Bürgertum, der „dritte Stand“, die ständischen und feudalen Fesseln ab, das Tor zum freien Konkurrenzkampf war offen, und eine neue Ordnung begann die menschliche Gesellschaft zu gestalten. In dieser Zeit spaltete sich das handwerkliche Kleinbürgertum, — das es trotz der beherrschenden Stellung der Zünfte geblieben war, — in drei auseinanderstrebende Teile. Der kleinere entwickelte sich zum großbürgerlichen Unternehmertum (Handwerker bauten aus kleinen Anfängen Riesenfabriken), der größere Teil bildete das Fabrikproletariat, den vierten Stand, und zurück blieb der Rest des kleinbürgerlichen dritten Standes — in der Mitte zwischen großbürgerlichem Unternehmertum und Proletariat, — der „Mittel“-Stand. Im Zuge der wirtschaftlichen Arbeitsteilung gliederte er sich dann rein beruflich in den eigentlichen Stand der Handwerker und in den der Klein- und Einzelhändler, nachdem der frühere Handwerker beide Funktionen — Produktion und Warenvertrieb — in sich vereinigt hatte.

### Der Sieg der Großbetriebe

Scheinbar blieben diese Mittelständler Besitzer ihrer Produktionsmittel. Tatsächlich hatte sich das aber geändert. In der Zeitschrift „Einheit“ schreibt Wilhelm Hauff hierzu: „Der Mittelstand wurde abhängig von der Großindustrie, vom Finanzkapital und vom Großhandel. Der Klein- und Mittelbetrieb war durch Arbeitsvergabe oder Kredite mehr oder weniger der Zuarbeiter für den Großbetrieb, und der Kleinhandel war der Verkäufer der großindustriellen Produktion. Preise, Gewinnspannen und Marktpolitik wurden von den maßgeblichen Großbetrieben diktiert. Die selbständige ökonomische Stellung des Mittelstandes war rein fiktiv; sie wirkte in den Köpfen als Einbildung, die zu den realen Verhältnissen längst in Widerspruch stand. Der Klein- und Mittelbetrieb bekam seine Aufträge und die Rohstoffe vom Großbetrieb und mußte nach seinen Bedingungen arbeiten, wenn er existieren wollte. Die Kreditinstitute unterstützten durch ihre Kreditpolitik die Abhängigkeit vom Großunternehmen. Im Handel diktierten die Konzerne und Monopole, und der Handel war nichts anderes als der verlängerte Arm der Monopolunternehmen. Mit anderen Worten: Der Mittelstand wurde wirtschaftlich mehr und mehr in die Rolle des Angestellten verwiesen, der sich krampfhaft bemühte, den Schein seiner verlorenen Selbständigkeit zu wahren. Ein Stand ohne wirtschaftliche Selbständigkeit hat aber aufgehört, ein sozialer Stand zu sein.“

Die volle Wucht der Zertrümmerung traf die mittelständischen Wirtschaftsschichten erst nach dem ersten Weltkrieg. Riesenkonzerne entstanden in allen Wirtschaftszweigen und schöpften ungeheure Gewinne aus der Volkswirtschaft. Der gewerbliche Mittelstand aber, — von der Inflation seiner Mittel beraubt, — verelendete mehr und mehr. 75 Milliarden Mark waren aus Klein- und Mittelbesitz den Konzernen zugeflossen. Das Durchschnittskapital der Aktiengesellschaften stieg von 1,8 Millionen Mark im Jahre 1927 auf 2,2 Millionen Mark im Jahre 1933; in derselben Zeit zerstörten die latenten Wirtschaftskrisen durch überhöhten Monopolpreise und sinkende Handels-spannen Hunderttausende von Existenzen aus Handel, Handwerk, Klein- und Mittelgewerbe. 1933 zählte Deutschland rund 850 000 Kleinhandels-geschäfte und 1 750 000 Handwerksbetriebe.

sich bekennen, wenn sie nicht zu einem unproduktiven Ballast der neuen demokratischen Gesellschaft werden wollen. Ein Ballast, der, — zum Hemmschuh des sozialen Fortschritts geworden, — eines Tages von der Masse des Volkes abgeworfen werden wird.

Vor hundert Jahren schrieb Goethe: „Vornehmlich sind dazu zu rechnen die Bewohner kleiner Städte, alle Beamten, Handwerkerleute, Fabrikanten. Diese Personen sämtlich, die sich zwar in beschränkter, aber doch wohlhabiger Verhältnisse befinden.“ Das Rad der Geschichte ist weitergegangen und vor rund 50 Jahren gab der Historiker Dellbrück folgende Erklärung: „Hausbesitzer, Kaufleute, Rentner, Kleinindustrielle, Handwerksmeister, Krämer usw.“ Fassen wir beide Auslegungen zusammen, dann handelt es sich um eine Bevölkerungsschicht, welche eine selbständige, in sich geschlossene und wirtschaftlich unabhängige Stellung im Rahmen des ökonomischen Ganzen inne hatte. Wir wollen aber mit unserer Untersuchung noch weiter zurückgehen.

Bis 1939 hatten sich diese unter der „mittelstandsfreundlichen“ Wirtschaftspolitik des Hitler-systems auf 600 000 Kleinhandels-geschäfte und 1 500 000 Handwerksbetriebe verringert. Durch Stilllegung und Dienstverpflichtung der Inhaber vernichtete der Krieg dann weitere 800 000 Kleinunternehmen, so daß beim Zusammenbruch des Dritten Reiches nur noch knapp die Hälfte aller Kleinhandels- und Handwerksbetriebe des Jahres 1933 übriggeblieben war.

### Die Legende vom Mittelstand

Der Mittelstand ist tot, und doch gespenstert er immer noch als soziales Wahngelbde durch die Geschichte bis in unsere Gegenwart. Er ist ökonomisch zu einem Teil des Proletariats geworden. Aber nicht alle zur besitzlosen Klasse Erkommenen haben diese harte und klare Tatsache erkannt. Es sind jene, welche wohl ebenso abhängig geworden sind wie die Arbeiterschaft, aber ihre Augen immer noch auf jene versunkenen Mittelstandsideale richten, — die nur rückwärts schauen und in einer völligen Vernebelung der Begriffe durch den Tag gehen. Sie hängen gefühlsmäßig noch an der mittelständischen Tradition und glauben, auf Grund ihrer intellektuellen Bildung eine Mittelsticht zu bilden, dem „gehobenen Mittelstand.“ Wilhelm Hauff nennt ihn den „modernen Mittelstand.“

Das Besondere an ihm ist aber die Tatsache, daß die kapitalistische Entwicklung ihn erst ge-

schaffen hat. Es sind die Angestellten, Techniker, Wissenschaftler, Lehrer, Beamten, freien Berufe usw., — kurz zusammengefaßt die „Intellektuellen“ oder nach einer Terminologie unserer neueren Zeit das „akademische Proletariat“. Sie haben nichts anzubieten als ihre Arbeitskraft, und sollten einzelne von ihnen auch kleine Haus- und Grundbesitzer sein oder einige Industriekräfte besitzen, so haben sie doch auf die Produktionslenkung oder auf die Produktionsmittel nicht den geringsten Einfluß. Der Schwerpunkt ihrer Existenz liegt in nichts anderem als im Anzeigebot ihrer Arbeitskraft. Es ist das geistige Proletariat mittelständischer Ideologie, ökonomisch zum Proletariat gehörig, sozial aber mittelständischen Legende zugehörig. — Die Schicht der sozial „gehobenen“ Menschen. Diese Spaltung geht sogar bis in die Reihen der Arbeiterschaft hinein. Er zieht sich als tiefer Riß durch das Volk, und verleiht den davon betroffenen Schichten jene unklare und schwankende Haltung, die sie immer wieder zu den Betrosenen und zu unglückseligen Trägern abenteuerlicher Heilsideen, werden läßt. Mit den Maßstäben von gestern suchen sie sich in der Wirklichkeit von heute zurechtzufinden, ohne in ein Verhältnis zu den Gegebenheiten der Gegenwart zu kommen. Die traditionellen nationalen und sozialen Begriffe von gestern sind ihnen auch heute noch Leitschnur, ohne die unentwegt Umwandlung, Bewegung und Fortschritt schaffenden Lebensgesetze erfassen zu können. Inneren Halt gab ihnen ein von einstigen Leistungen abgeleiteter Geltungswillen, der sich vielfach in einem Ständedünkel stielerte und sie in schärfsten Gegensatz zu ihren Sozialkameraden des „alten“ Proletariats brachte und zu dem üblen Begriff des „Intellektuellen“ führte. So lebt das Schema eines Mittelstandes in unserer Zeit als ein Gespenst, das am hellen Tag herumgeistert.

### Tragik und Schuld

Schon in der Weimarer Republik waren die wirtschaftlich entwerteten Mittelschichten durch ihre innere Halbsittigkeit der Nährboden der Reaktion. Unstetigkeit und Wandelmut kennzeichneten den politischen Horizont des bodenlos gewordenen Bürgertums. Die „gehobene“ Existenz trennte sie von ihren natürlichen sozialen Verbündeten, der Arbeiterschaft, und machte sie zu Besorgern der Geschäfte des Großbürgertums in Industrie, Handel und Finanz. Sie fühlten wohl mehr oder weniger, daß sie die Opfer eines Wirtschaftssystemes geworden waren, an dem ihnen manches nicht in Ordnung schien, verloren sich aber nur in unfruchtbarer Kritik. Man suchte nach dem Urheber, fand aber nicht den tatsächlichen Sklavhalter (— dem man ja hörig war, —) sondern entdeckte Prügelknaben im Judentum, in den Ueberstaatlichen u. a. m. Man versuchte es bei den Alldeutschen bei Ludendorff, bei allen mög-

## Gedenk'age der Wache

- 27. Januar — 1756 Wolfgang Amadeus Mozart, Komp., geb. — 1814 Johann Gottlieb Fichte, Phil., gest. — 1885 Eduard Künneke, Komp., geb. — 1901 Giuseppe Verdi, Komp., gest. — 1921 Luise Ziet, Vorkämpferin der soz. Frauenbewegung, gest. — 1924 Beisetzung Lenin in Moskau. — 1946 Gemeindevahlen in Württemberg-Baden und Bayern.
- 28. Januar — 1547 Heinrich VIII, König von England, gest.
- 29. Januar — 1860 Anton Tschadow, russ. Dichter, geb. — 1886 Romain Rolland, frz. Schriftst., geb. — 1919 Franz Mehring gest., soz. Schriftst.
- 30. Januar — 1913 Hindenburg übergibt Hitler im Auftrage der Monopolkapitalisten und Junker die Regierung.
- 31. Januar — 1797 Franz Schubert, Komp., geb. — 1911 Paul Singer gest.
- 1. Februar — 1933 Der letzte aus freien Wahlen hervorgegangene Reichstag durch Hitler aufgelöst.

lichen Wirtschaftsposteln und war schließlich die willige Wählerschaft für die 30 und mehr bürgerlichen Sozialparteien. Die Weltwirtschaftskrise von 1930 mit Bankenkrach und Arbeitslosigkeit beschleunigte die Entwicklung und der Weg zum Nationalsozialismus wurde freier. Gerief nahm das Bürgertum die „antikapitalistischen“ Parolen der Nazis auf, geriet hoffnungslos in die Netze der Hitlerbewegung, wurde die Hauptstütze Hitlers und trug ihn auf seinem Rücken in die Macht. Als es schließlich an der wirtschaftlichen Scheinblüte nach 1933 verdorren konnte, stand der restlosen Versöhnung mit seinem Verführer nichts mehr im Weg. Bei den Nazis war alles bewußt auf den Geltungsbedürfnissen Kleinbürger abgestimmt. Man suggerierte ihm, daß er der Träger der „Idee“ und der Macht sei, und spannte ihn als Landvolk, Arbeitsmann, Volks- und Parteigenosse in den nationalsozialistischen Apparat ein.

Eine gewisse Tragik liegt darin, daß die Mittelschichten bei Hitler Hilfe gegen das Großkapital suchten, und dann — ohne ihr Wissen und Wollen, — doch nichts anderes taten, als die Geschäfte des Monopolkapitalismus zu besorgen. Es wollte sich retten, und betrieb dabei nur das eigene Leichenbegängnis!

Der Zusammenbruch des Hitlerregimes begrub auch den Rest der mittelständischen Scheinexistenz unter sich. Verarmt, schuldbeladen und politisch wurzellos treiben diese Volksteile dahin. Und doch ist es undenkbar, sie beim Wiederaufbau zu entbehren, denn wir brauchen Wirtschaftler, Techniker, Künstler, — kurz gesagt die Intelligenz unseres Volkes. An Stelle vieler ausgefallener Großbetriebe müssen die kleinen Handwerker treten, um die Produktionslücken zu schließen. Die Angehörigen des früheren Mittelstandes sind am endgültigen Wendepunkt angelangt. Sie müssen aus der unfruchtbaren Ideologie herausfinden, und sie müssen erkennen, wozu und von wem sie mißbraucht wurden. Entweder sie sollen weiter das kaisertliche Anhängsel der kapitalistischen Reaktion, oder sie betreten entschlossen den von der Geschichte gewiesenen Weg an der Seite der Arbeiterschaft.

## KATHE SEIFRIED:

# Wünsche der Frauen zur Verfassung

Die Rechtlosigkeit der Frauen ist heute in Deutschland nur ein Glied in der Kette der Reaktion, die das Leben des Volkes fesselt. Rosa Luxemburg

Es ist einer der Wünsche der Frauen, daß der Verfassungsentwurf für das südbadische Land recht bald zur öffentlichen Diskussion gestellt wird. Da die Frauen durch ihre Stimmenmehrheit über die Annahme der Verfassung entscheiden werden, ist es selbstverständlich, daß sie die Verfassung genau studieren und diskutieren müssen. Was erwarten wir Frauen von der Verfassung? Die Sicherung des Friedens und der Demokratie! Von Demokratie kann aber keine Rede sein, solange die Frauen nicht vollständig gleichberechtigt sind. Man kann auch nicht von Befreiung der Frauen sprechen, solange sie wirtschaftlich vom Mann abhängig sind.

Es gibt keine dauerhafte und vollständige Demokratie, solange die Frauen politisch, wirtschaftlich und sozial nicht dem Manne vollkommen gleichgestellt sind.

Die Frauen müssen deshalb fordern, daß ihre Gleichberechtigung in der Verfassung durch die Verwirklichung folgender Grundforderungen festgelegt wird:

**Aufhebung oder Aenderung aller Gesetze, welche die Frauen in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht auf Grund ihres Geschlechtes schlechter stellen als den Mann;**

**Schaffung neuer Gesetze, die der Frau eindeutig auf allen Lebensgebieten die gleichen Rechte wie dem Manne sichern;**

**Schaffung der Voraussetzungen, die es ermöglichen, daß diese Gesetze nicht nur auf dem Papier stehen, sondern in der Praxis durchgeführt werden.**

Praktisch bedeutet das: Der Frau müssen, wie dem Manne alle Stellen in Staat, Wirtschaft und bei allen öffentlichen Funktionen offen stehen;

Der Frau muß für die gleiche Arbeit auch die gleiche Entlohnung wie dem Manne gezahlt werden. Die gleichmäßige Zulassung zu allen Berufsausbildungsstätten, zum akademischen Studium, zur handwerklichen und kaufmännischen Lehre muß für die Frau offen sein.

Das patriarchalische Eherecht mit den männlichen Herrschaftsbefugnissen in der „elterlichen Gewalt“ muß durch eine Eheordnung ersetzt werden, die auf den gleichen Rechten der Ehegatten beruht.

Darüber hinaus muß der Frau der besondere Schutz und die Fürsorge des Landes in der Frage der Mutterschaft gewährt werden. Die außer-eheleiche Mutter muß der ehelichen gleichgestellt, dem außerehelichen Kind dürfen aus der Tatsache der außerehelichen Geburt keine Nachteile erwachsen. Ihm sind dieselben geistigen und gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen zu schaffen wie dem ehelichen Kind.

Diese Forderungen sind nicht neu. Denken wir beispielsweise an Louise Otto Peters, die Tochter eines sächsischen Beamten, die Mitte des 19. Jahrhunderts versuchte, eine deutsche Arbeiterinnenbewegung zu schaffen. Der Versuch schlug fehl, weil sie nirgends Verständnis fand. Sie arbeitete später in der bürgerlichen Frauenbewegung, zusammen mit Auguste Schmidt und Henriette Goldschmidt; am 18. Oktober 1865 kam es dank ihrer Arbeit zur ersten Frauenkonferenz in Leipzig, die zur Gründung des Allg. deutschen Frauenvereins führte. Da war ferner Frau Gertrud Guillaume Schack aus ältester schlesischer Adelsfamilie, die zu den mutigsten Vorkämpferinnen des Sozialismus gehörte. Sie gründete einen Interessenverein der Arbeiterinnen und gab 1885 in Offenbach a. M. das Vereinsorgan „Die Staatsbürgerin“ heraus, die Vorläuferin der sozialistischen Frauenzeitung; auch sie stieß auf tausend Schwierigkeiten und Anfeindungen bei ihrer Arbeit.

Später übernahm die SPD die Führung im Kampf um die Gleichberechtigung der Frau. Auf dem Parteitag in Erfurt im Jahre 1891 stellte die SPD als erste Partei die kategorische Forderung nach Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligten.

Für diese Ziele kämpfte Klara Zetkin, eine der markantesten und geistig bedeutendsten Vorkämpferinnen der Frauenbewegung, die von 1892 bis 1916 die sozialistische Frauenzeitung „Gleichheit“ redigierte — damals eine der besten Frauenzeitschriften Deutschlands. Da Klara Zetkin dem äußersten linken Flügel der SPD mehr Platz in der Zeitschrift einräumte, als dem Parteivorstand erwünscht war, legte er die Redaktion der „Gleichheit“ in die Hände von Maria Juchacz, der Führerin der Frauenbewegung innerhalb der SPD. Klara Zetkin wurde Kommunistin.

Erst die Weimarer Republik brachte 1918 der Frau dem Buchstaben nach die bürgerliche Gleichberechtigung. Sie wurde Abgeordnete und konnte als Beamtin, Richterin und Rechtsanwältin zugelassen werden; sie erhielt durch den Artikel 109 der Verfassung das so lang erkrankte Wahlrecht. Dennoch bedeuteten diese Zugeständnisse nur formale Gleichberechtigung, denn erstens erhielten die Frauen in allen Berufen niedrigere Bezahlung als die Männer (und das hat sich auch heute noch nicht geändert); zweitens wurde den Frauen bei Erwerbslosigkeit das Recht auf die gleiche Unterstützung bestritten, obschon sie wie die Männer ihre Beiträge zur Erwerbslosenversicherung zahlen mußten; drittens hatten die Frauen bei gleicher Qualifikation nicht die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten wie die Männer; viertens wurden die Voraussetzungen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung nirgendwo geschaffen. Die Zahl der in freien Berufen arbeitenden Frauen blieb auch in den Zeiten der Wei-

marer Republik verschwindend gering; unter den 48 000 Aerzten z. B. gab es nach der Berufsstatistik nur 2500 Frauen, unter 40 000 Rechtsanwältinnen nur 54; fünftens bestand trotz formaler Gleichberechtigung vor dem Gesetz nach wie vor Ungleichheit in der Sozial-, Lohn-, Beamten- und Ehe-Gesetzgebung; und sechstens waren die Frauen trotz ihres Wahlrechts in den verantwortlichen Körperschaften kaum vertreten. So stellten sie z. B. bei den Wahlen zur Nationalversammlung 54 Prozent der Wähler, von den 423 Abgeordneten waren jedoch nur 39 Frauen — es gab also bei 54 Prozent Wählerinnen nur 9 Prozent Gewählte.

Aus den Erfahrungen der hinter uns liegenden Zeit hat ein großer Teil der Frauen gelernt. Das Nazi-Reich hat zum moralischen, finanziellen und wirtschaftlichen Bankrott Deutschlands geführt. Wir haben genug davon. Heute macht man den Frauen den Vorwurf, durch ihre Stimmen sei die Wahl Hitlers und seiner Mitverbrecher überhaupt erst möglich geworden — das stimmt nur zum Teil und trifft auf viele Wahlbezirke gewiß nicht zu. Zudem war die Beeinflussung der Frau durch Hitler nur möglich, weil die meisten auf Grund ihrer bürgerlichen Erziehung politisch unerfahren und ungeschult waren.

Es gilt heute wieder, einen unermüdeten Kampf gegen die gerade von den Nazis betonten und von der Reaktion neuerlich vorgebrachten Parolen zu führen, die Frauen gehörten ins Haus und sie seien von Natur aus zu verantwortlichen und höheren Funktionen nicht befähigt. Im Krieg haben die Frauen von ihrem Können in allen Betrieben und allen Aemtern Zeugnis abgelegt. Tausende von Frauen haben bewußt den Widerstand gegen die Hitler-Banden organisiert, trotz Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslagern — trotz des drohenden Todes durch die Hand der braunen Henker. Sie lebten und starben als Heldinnen. Heute sind es die Frauen, die in der Hauptsache die Lasten des verlorenen Krieges tragen müssen, aber im übrigen nicht um ihre Meinung gefragt werden. Zögernd find ungern räumt man ihnen Einfluß bei der Verwaltung, in der Wirtschaft, im öffentlichen Recht, bei der Rechtsprechung und in Erziehungsfragen ein. Man fragt die Frauen nicht bei der Planung der Produktion, nicht bei der Planung ihrer Verteilung.

Umso mehr haben die Frauen Verantwortung, den Verfassungsentwurf, wenn er bekanntgegeben wird, sehr sorgfältig zu prüfen. Denn ob man ihnen nun die volle Gleichberechtigung geben wird oder nicht; immer werden sie die Verantwortung für das Kommende vor ihren Kindern und vor der Geschichte zu tragen haben.

Und deshalb wollen die Frauen ihre Rechte in der Verfassung verankert wissen, um als gleichberechtigte Mitglieder ihres Volkes mitzuarbeiten und mitzukämpfen für den Neuaufbau Deutschlands, für die Sicherung des Friedens, für ein wahrhaft demokratisches Deutschland und damit für eine friedliche Zukunft ihrer Kinder.

AMTLICHE BERANNTMACHUNGEN

Im Frühjahr 1947 finden folgende Ergänzungsprüfungen an den Höheren Schulen statt:

- 1. Ergänzungsprüfungen in Latein und Griechisch (sog. großes Latein und sog. Graecum).
2. Prüfung zum Nachweis der Lateinkenntnisse der früheren Untersekunda eines Realgymnasiums bzw. eines drei- oder vierjähriges Oberstufenlehrganges einer Oberrealschule (sog. kleines Latein).

Für die in den Prüfungen nachzuweisenden Kenntnisse sind die Bestimmungen der Bekanntmachung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 22. Oktober 1934 Nr. B 15638 Amtsblatt Seite 123104 magebend, die auf dem Sekretariat der Universität bzw. einer Höheren Schule eingesehen werden können. Meldungen sind mit sämtlichen dort aufgeführten Unterlagen bis spätestens 1. März hier einzureichen.

Freiburg i. Br., den 14. Januar 1947. (32-427) Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts - Franz. Besatzungsgebiet -

Anordnung über Erzeugerhochstpreise für Trauben, Most und Wein der Ernte 1946

Auf Grund des § 2 des Preisbildungsgesetzes vom 29. Oktober 1936 (RGBl. I, S. 927) wird für das Land Baden folgendes angeordnet:

§ 1: 1. Grundsatlich bleiben die Erzeugergrundpreise für Trauben, Most und Wein der Ernte 1946 die gleichen wie die für die Ernte 1945 als Erzeugerhochstpreise festgesetzt.

2. Die Einstufung der einzelnen Weinbaugemeinden und der verschiedenen Traubensorten in 12 Preisgruppen, die in der Anordnung der Preisbildungstelle Karlsruhe vom 23. September 1943 über Erzeugerpreise für Trauben, Most und Wein der Ernte 1943 - Badischer Staatsanzeiger vom 25. September 1943 - erfolgt, bleibt auch für die Ernte des Jahres 1946 in Kraft.

§ 2: 1. Für Traubensorten, Most und Wein aus verschiedenen Traubensorten oder Weinberglagen richtet sich der Höchstpreis nach der Sorte oder Lage, für die der niedrigste Höchstpreis gilt.

§ 3: 1. Die für Weine nach dem ersten Abstich zulässigen höheren Preise dürfen frühestens vom 15. November 1946, die nach dem zweiten Abstich zulässigen Preise erst vom 15. Januar 1947 abgefordert und gezahlt werden.

2. Das Umfüllen beim Bieren in das Fa des Käufers kann als erster oder zweiter Abstich gelten, wenn hierbei sachgema vorgegangen wird, so da die Hee und der Trub im Fa des Käufers zururckbleibt.

§ 4: 1. Trauben, Most und Wein müssen auf dem Schluschein (Kaufvertrag) und den sonstigen Verkaufsunterlagen (Angebot, Rechnung usw.) nach der Traubensorte und Herkunft (Lage) bezeichnet werden. Verantwortlich für die wahrheitsgemae Bezeichnung ist sowohl der Verkäufer, als auch der Kommissar und der Kufer.

2. Im übrigen gelten die Verkaufsbedingungen nach der Anordnung Nr. vom 17. Juni 1937 (RNVB. S. 326), Nr. 19 vom 17. Juni 1939 (RNVB. S. 434) und Nr. 33 vom 4. September 1940 (RNVB. S. 494) der ehemaligen Hauptvereinigung der deutschen Weinbauwirtschaft.

3. Ferner sind die Bestimmungen der Anordnung Nr. 3 der ehemaligen Hauptvereinigung der deutschen Weinbauwirtschaft betr. Schluscheinpflicht vom 9. Juni 1937 (RNVB. S. 132) und der Anordnung Nr. 16 vom 28. August 1943 (RNVB. S. 370) zu beachten. Verkaufsunterlagen nach Ziffer 1 sind auch die nach dem Weingesetz zu führenden Kellerbucher.

§ 5: 1. Für Weine, die sich durch sorgfältige Pflege und erstklassigen Ausbau besonders auszeichnen, können Qualitatszuschage gewährt werden. Ueber Bewilligung eines Qualitatszuschlages entscheidet die Preisbildungstelle nach Anhörung des amtlichen Bewertungsausschusses.

2. Der Preisbildungstelle bleibt es vorbehalten, Weine aus bestimmten Traubensorten (Massentrager) von der Bewertung auszuschlieen.

3. Anträge auf Bewilligung von Qualitatszuschlagen für Weine der 1946-ernte können erst ab 15. Januar 1947 gestellt und bewilligt werden. Weine, für die Qualitatszuschlage beantragt werden, müssen abgestochen und winzerblank sein. Der Schluschein (Kaufvertrag) darf erst ausgestellt werden, nachdem

die Qualitätsbewertung durchgeführt und rechtskräftig geworden ist; der Bezug darf erst erfolgen nach Ablauf der in § 3 Ziffer 3 der Anordnung Nr. 3 der ehemaligen Hauptvereinigung der deutschen Weinbauwirtschaft vom 9. Juni 1937 (RNVB. S. 249) in der Fassung vom 29. April 1938 (RNVB. S. 132) festgesetzten Frist für die Schluscheinbeantragung, frühestens jedoch 10 Tage nach Absendung des Schluscheines an die von der Preisbildungstelle bestimmten Stellen. Der Einkäufer ist verpflichtet, den Zeitpunkt der Absendung des Schluscheines (Kaufvertrages) nachzuweisen (Einschreibebrief pp.).

4. Die Anträge auf Gewährung von Qualitatszuschlagen sind nach einer einheitlichen Antragsformular, bei den von der Preisbildungstelle bestimmten Stellen mit je 3 Proben des angebotenen Weines einzureichen.

5. Der Bewertungsantrag ist gewissenhaft auszufüllen und hat folgende Angaben zu enthalten: Jahrgang; Menge, Traubensorte, Herkunft (Lage), natur oder verlesen; die Fab- oder Flaschennummer, sowie eine Taxe, die der Erzeuger für den am stellten Wein beantragt. Hierbei ist der tatsächliche Herkunftsort und nicht etwa Orts- und Lagebezeichnungen, die nach dem Weingesetz für einen Wein noch zulässig sind, anzugeben.

6. Kaufabschlusse, deren Preisvereinbarungen durch das Wirtschaftsministerium - Preisbildungstelle - nicht genehmigt werden, sind zu den zulässigen Höchstpreisen nach § 1 zu erfüllen, und zwar auch dann, wenn über derartige Abschlüsse ausgetretene Schluscheine (Kaufverträge) anders lautende Vorbehalte enthalten oder mündliche Vorbehalte gemacht sind.

7. Die Preisbildungstelle kann Kaufabschlusse, die gegen die bestehenden Weinpreisbestimmungen verstoen, für nichtig erklären, dem Verkäufer verbieten, einen neuen Vertrag (Ersatzvertrag) mit dem bisherigen Kufer abzuschlieen, und den neuen Kufer vorschreiben.

8. Die Anstellung eines bereits bewerteten Weines zur nochmaligen Bewertung ist ohne Zustimmung der Preisbildungstelle verboten.

9. Für Kellertrauben, Most und Weine, die vor dem 1. Februar 1947 zum Verkauf kommen und deshalb vorher nicht bewertet werden können, darf höchstens der Preis gefordert werden, der für die gleiche Lage (Herkunft) des gleichen Erzeugers für den Jahrgang 1944 zulassigweise erlost wurde.

§ 7: 1. Dem Ausschuss für die amtliche Bewertung von Qualitatsweinen gehören folgende Mitglieder an:

a) der Leiter der Preisbildungstelle oder sein Vertreter als Vorsitzender, b) der Leiter der Weinabteilung beim Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, c) der Leiter der staatlichen Weinakademie, Freiburg i. Br., d) ein Beauftragter der Erzeuger aus dem in Frage stehenden Anbaugesbiet, e) ein Beauftragter des Handels.

Der Vorsitzende des Bewertungsausschusses kann weitere Sachverständige zuziehen.

2. Die Vertreter zu d) und e) werden von der Preisbildungstelle berufen, und zwar zu d) auf Vorschlag der Landwirtschaftskammer und zu e) auf Vorschlag des Zusammenschlusses des Weingrohandels.

3. Der Zeitpunkt der Bewertung wird jeweils bekanntgegeben, ebenso das Nähere wegen Einmendung der Proben und Bewertungsantrage.

4. Zur Deckung von Unkosten wird eine Gebühr von Mk. 3 für jede zur Bewertung angelegte Probe erhoben.

§ 8: Beim unmittelbaren Absatz des Erzeugers an Letztverbraucher usw. gelten die bisherigen Regelungen.

§ 9: Die Ausbaueinlagerung (treuhandliche Lagerung) von Lesegut (Trauben, Maische, Most) durch den Weinhandel ist nach den bisherigen Bestimmungen auch für die Ernte 1946 zulässig.

§ 10: Die Preisbildungstelle kann Ausnahmen von den Bestimmungen und Ergänzungen zu dieser Anordnung zulassen.

§ 11: Verstoe gegen die Anordnung werden nach der Preisverfahrungserordnung in der Fassung vom 26. Oktober 1944 (RGBl. I S. 254) bestraft.

Als Verstoe gelten auch Handlungen, die zwar nicht gegen den Wortlaut, aber gegen den Sinn und Zweck der Anordnung verstoen.

§ 12: Die Anordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Sie gilt zwar auch für bereits abgeschlossene Verkäufe. Freiburg i. Br., 18. Dezember 1946. Badisches Wirtschaftsministerium - Preisbildungstelle -

die Qualitätsbewertung durchgeführt und rechtskräftig geworden ist; der Bezug darf erst erfolgen nach Ablauf der in § 3 Ziffer 3 der Anordnung Nr. 3 der ehemaligen Hauptvereinigung der deutschen Weinbauwirtschaft vom 9. Juni 1937 (RNVB. S. 249) in der Fassung vom 29. April 1938 (RNVB. S. 132) festgesetzten Frist für die Schluscheinbeantragung, frühestens jedoch 10 Tage nach Absendung des Schluscheines an die von der Preisbildungstelle bestimmten Stellen. Der Einkäufer ist verpflichtet, den Zeitpunkt der Absendung des Schluscheines (Kaufvertrages) nachzuweisen (Einschreibebrief pp.).

4. Die Anträge auf Gewährung von Qualitatszuschlagen sind nach einer einheitlichen Antragsformular, bei den von der Preisbildungstelle bestimmten Stellen mit je 3 Proben des angebotenen Weines einzureichen.

5. Der Bewertungsantrag ist gewissenhaft auszufüllen und hat folgende Angaben zu enthalten: Jahrgang; Menge, Traubensorte, Herkunft (Lage), natur oder verlesen; die Fab- oder Flaschennummer, sowie eine Taxe, die der Erzeuger für den am stellten Wein beantragt. Hierbei ist der tatsächliche Herkunftsort und nicht etwa Orts- und Lagebezeichnungen, die nach dem Weingesetz für einen Wein noch zulässig sind, anzugeben.

6. Kaufabschlusse, deren Preisvereinbarungen durch das Wirtschaftsministerium - Preisbildungstelle - nicht genehmigt werden, sind zu den zulässigen Höchstpreisen nach § 1 zu erfüllen, und zwar auch dann, wenn über derartige Abschlüsse ausgetretene Schluscheine (Kaufverträge) anders lautende Vorbehalte enthalten oder mündliche Vorbehalte gemacht sind.

7. Die Preisbildungstelle kann Kaufabschlusse, die gegen die bestehenden Weinpreisbestimmungen verstoen, für nichtig erklären, dem Verkäufer verbieten, einen neuen Vertrag (Ersatzvertrag) mit dem bisherigen Kufer abzuschlieen, und den neuen Kufer vorschreiben.

8. Die Anstellung eines bereits bewerteten Weines zur nochmaligen Bewertung ist ohne Zustimmung der Preisbildungstelle verboten.

9. Für Kellertrauben, Most und Weine, die vor dem 1. Februar 1947 zum Verkauf kommen und deshalb vorher nicht bewertet werden können, darf höchstens der Preis gefordert werden, der für die gleiche Lage (Herkunft) des gleichen Erzeugers für den Jahrgang 1944 zulassigweise erlost wurde.

§ 7: 1. Dem Ausschuss für die amtliche Bewertung von Qualitatsweinen gehören folgende Mitglieder an:

a) der Leiter der Preisbildungstelle oder sein Vertreter als Vorsitzender, b) der Leiter der Weinabteilung beim Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, c) der Leiter der staatlichen Weinakademie, Freiburg i. Br., d) ein Beauftragter der Erzeuger aus dem in Frage stehenden Anbaugesbiet, e) ein Beauftragter des Handels.

Der Vorsitzende des Bewertungsausschusses kann weitere Sachverständige zuziehen.

2. Die Vertreter zu d) und e) werden von der Preisbildungstelle berufen, und zwar zu d) auf Vorschlag der Landwirtschaftskammer und zu e) auf Vorschlag des Zusammenschlusses des Weingrohandels.

3. Der Zeitpunkt der Bewertung wird jeweils bekanntgegeben, ebenso das Nähere wegen Einmendung der Proben und Bewertungsantrage.

4. Zur Deckung von Unkosten wird eine Gebühr von Mk. 3 für jede zur Bewertung angelegte Probe erhoben.

§ 8: Beim unmittelbaren Absatz des Erzeugers an Letztverbraucher usw. gelten die bisherigen Regelungen.

§ 9: Die Ausbaueinlagerung (treuhandliche Lagerung) von Lesegut (Trauben, Maische, Most) durch den Weinhandel ist nach den bisherigen Bestimmungen auch für die Ernte 1946 zulässig.

§ 10: Die Preisbildungstelle kann Ausnahmen von den Bestimmungen und Ergänzungen zu dieser Anordnung zulassen.

§ 11: Verstoe gegen die Anordnung werden nach der Preisverfahrungserordnung in der Fassung vom 26. Oktober 1944 (RGBl. I S. 254) bestraft.

Als Verstoe gelten auch Handlungen, die zwar nicht gegen den Wortlaut, aber gegen den Sinn und Zweck der Anordnung verstoen.

§ 12: Die Anordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Sie gilt zwar auch für bereits abgeschlossene Verkäufe. Freiburg i. Br., 18. Dezember 1946. Badisches Wirtschaftsministerium - Preisbildungstelle -

die Qualitätsbewertung durchgeführt und rechtskräftig geworden ist; der Bezug darf erst erfolgen nach Ablauf der in § 3 Ziffer 3 der Anordnung Nr. 3 der ehemaligen Hauptvereinigung der deutschen Weinbauwirtschaft vom 9. Juni 1937 (RNVB. S. 249) in der Fassung vom 29. April 1938 (RNVB. S. 132) festgesetzten Frist für die Schluscheinbeantragung, frühestens jedoch 10 Tage nach Absendung des Schluscheines an die von der Preisbildungstelle bestimmten Stellen. Der Einkäufer ist verpflichtet, den Zeitpunkt der Absendung des Schluscheines (Kaufvertrages) nachzuweisen (Einschreibebrief pp.).

4. Die Anträge auf Gewährung von Qualitatszuschlagen sind nach einer einheitlichen Antragsformular, bei den von der Preisbildungstelle bestimmten Stellen mit je 3 Proben des angebotenen Weines einzureichen.

5. Der Bewertungsantrag ist gewissenhaft auszufüllen und hat folgende Angaben zu enthalten: Jahrgang; Menge, Traubensorte, Herkunft (Lage), natur oder verlesen; die Fab- oder Flaschennummer, sowie eine Taxe, die der Erzeuger für den am stellten Wein beantragt. Hierbei ist der tatsächliche Herkunftsort und nicht etwa Orts- und Lagebezeichnungen, die nach dem Weingesetz für einen Wein noch zulässig sind, anzugeben.

6. Kaufabschlusse, deren Preisvereinbarungen durch das Wirtschaftsministerium - Preisbildungstelle - nicht genehmigt werden, sind zu den zulässigen Höchstpreisen nach § 1 zu erfüllen, und zwar auch dann, wenn über derartige Abschlüsse ausgetretene Schluscheine (Kaufverträge) anders lautende Vorbehalte enthalten oder mündliche Vorbehalte gemacht sind.

7. Die Preisbildungstelle kann Kaufabschlusse, die gegen die bestehenden Weinpreisbestimmungen verstoen, für nichtig erklären, dem Verkäufer verbieten, einen neuen Vertrag (Ersatzvertrag) mit dem bisherigen Kufer abzuschlieen, und den neuen Kufer vorschreiben.

8. Die Anstellung eines bereits bewerteten Weines zur nochmaligen Bewertung ist ohne Zustimmung der Preisbildungstelle verboten.

9. Für Kellertrauben, Most und Weine, die vor dem 1. Februar 1947 zum Verkauf kommen und deshalb vorher nicht bewertet werden können, darf höchstens der Preis gefordert werden, der für die gleiche Lage (Herkunft) des gleichen Erzeugers für den Jahrgang 1944 zulassigweise erlost wurde.

§ 7: 1. Dem Ausschuss für die amtliche Bewertung von Qualitatsweinen gehören folgende Mitglieder an:

a) der Leiter der Preisbildungstelle oder sein Vertreter als Vorsitzender, b) der Leiter der Weinabteilung beim Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, c) der Leiter der staatlichen Weinakademie, Freiburg i. Br., d) ein Beauftragter der Erzeuger aus dem in Frage stehenden Anbaugesbiet, e) ein Beauftragter des Handels.

Der Vorsitzende des Bewertungsausschusses kann weitere Sachverständige zuziehen.

2. Die Vertreter zu d) und e) werden von der Preisbildungstelle berufen, und zwar zu d) auf Vorschlag der Landwirtschaftskammer und zu e) auf Vorschlag des Zusammenschlusses des Weingrohandels.

3. Der Zeitpunkt der Bewertung wird jeweils bekanntgegeben, ebenso das Nähere wegen Einmendung der Proben und Bewertungsantrage.

4. Zur Deckung von Unkosten wird eine Gebühr von Mk. 3 für jede zur Bewertung angelegte Probe erhoben.

§ 8: Beim unmittelbaren Absatz des Erzeugers an Letztverbraucher usw. gelten die bisherigen Regelungen.

§ 9: Die Ausbaueinlagerung (treuhandliche Lagerung) von Lesegut (Trauben, Maische, Most) durch den Weinhandel ist nach den bisherigen Bestimmungen auch für die Ernte 1946 zulässig.

§ 10: Die Preisbildungstelle kann Ausnahmen von den Bestimmungen und Ergänzungen zu dieser Anordnung zulassen.

§ 11: Verstoe gegen die Anordnung werden nach der Preisverfahrungserordnung in der Fassung vom 26. Oktober 1944 (RGBl. I S. 254) bestraft.

Als Verstoe gelten auch Handlungen, die zwar nicht gegen den Wortlaut, aber gegen den Sinn und Zweck der Anordnung verstoen.

§ 12: Die Anordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Sie gilt zwar auch für bereits abgeschlossene Verkäufe. Freiburg i. Br., 18. Dezember 1946. Badisches Wirtschaftsministerium - Preisbildungstelle -

die Qualitätsbewertung durchgeführt und rechtskräftig geworden ist; der Bezug darf erst erfolgen nach Ablauf der in § 3 Ziffer 3 der Anordnung Nr. 3 der ehemaligen Hauptvereinigung der deutschen Weinbauwirtschaft vom 9. Juni 1937 (RNVB. S. 249) in der Fassung vom 29. April 1938 (RNVB. S. 132) festgesetzten Frist für die Schluscheinbeantragung, frühestens jedoch 10 Tage nach Absendung des Schluscheines an die von der Preisbildungstelle bestimmten Stellen. Der Einkäufer ist verpflichtet, den Zeitpunkt der Absendung des Schluscheines (Kaufvertrages) nachzuweisen (Einschreibebrief pp.).

4. Die Anträge auf Gewährung von Qualitatszuschlagen sind nach einer einheitlichen Antragsformular, bei den von der Preisbildungstelle bestimmten Stellen mit je 3 Proben des angebotenen Weines einzureichen.

5. Der Bewertungsantrag ist gewissenhaft auszufüllen und hat folgende Angaben zu enthalten: Jahrgang; Menge, Traubensorte, Herkunft (Lage), natur oder verlesen; die Fab- oder Flaschennummer, sowie eine Taxe, die der Erzeuger für den am stellten Wein beantragt. Hierbei ist der tatsächliche Herkunftsort und nicht etwa Orts- und Lagebezeichnungen, die nach dem Weingesetz für einen Wein noch zulässig sind, anzugeben.

6. Kaufabschlusse, deren Preisvereinbarungen durch das Wirtschaftsministerium - Preisbildungstelle - nicht genehmigt werden, sind zu den zulässigen Höchstpreisen nach § 1 zu erfüllen, und zwar auch dann, wenn über derartige Abschlüsse ausgetretene Schluscheine (Kaufverträge) anders lautende Vorbehalte enthalten oder mündliche Vorbehalte gemacht sind.

7. Die Preisbildungstelle kann Kaufabschlusse, die gegen die bestehenden Weinpreisbestimmungen verstoen, für nichtig erklären, dem Verkäufer verbieten, einen neuen Vertrag (Ersatzvertrag) mit dem bisherigen Kufer abzuschlieen, und den neuen Kufer vorschreiben.

8. Die Anstellung eines bereits bewerteten Weines zur nochmaligen Bewertung ist ohne Zustimmung der Preisbildungstelle verboten.

9. Für Kellertrauben, Most und Weine, die vor dem 1. Februar 1947 zum Verkauf kommen und deshalb vorher nicht bewertet werden können, darf höchstens der Preis gefordert werden, der für die gleiche Lage (Herkunft) des gleichen Erzeugers für den Jahrgang 1944 zulassigweise erlost wurde.

§ 7: 1. Dem Ausschuss für die amtliche Bewertung von Qualitatsweinen gehören folgende Mitglieder an:

a) der Leiter der Preisbildungstelle oder sein Vertreter als Vorsitzender, b) der Leiter der Weinabteilung beim Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, c) der Leiter der staatlichen Weinakademie, Freiburg i. Br., d) ein Beauftragter der Erzeuger aus dem in Frage stehenden Anbaugesbiet, e) ein Beauftragter des Handels.

Der Vorsitzende des Bewertungsausschusses kann weitere Sachverständige zuziehen.

2. Die Vertreter zu d) und e) werden von der Preisbildungstelle berufen, und zwar zu d) auf Vorschlag der Landwirtschaftskammer und zu e) auf Vorschlag des Zusammenschlusses des Weingrohandels.

3. Der Zeitpunkt der Bewertung wird jeweils bekanntgegeben, ebenso das Nähere wegen Einmendung der Proben und Bewertungsantrage.

4. Zur Deckung von Unkosten wird eine Gebühr von Mk. 3 für jede zur Bewertung angelegte Probe erhoben.

§ 8: Beim unmittelbaren Absatz des Erzeugers an Letztverbraucher usw. gelten die bisherigen Regelungen.

§ 9: Die Ausbaueinlagerung (treuhandliche Lagerung) von Lesegut (Trauben, Maische, Most) durch den Weinhandel ist nach den bisherigen Bestimmungen auch für die Ernte 1946 zulässig.

§ 10: Die Preisbildungstelle kann Ausnahmen von den Bestimmungen und Ergänzungen zu dieser Anordnung zulassen.

§ 11: Verstoe gegen die Anordnung werden nach der Preisverfahrungserordnung in der Fassung vom 26. Oktober 1944 (RGBl. I S. 254) bestraft.

Als Verstoe gelten auch Handlungen, die zwar nicht gegen den Wortlaut, aber gegen den Sinn und Zweck der Anordnung verstoen.

§ 12: Die Anordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Sie gilt zwar auch für bereits abgeschlossene Verkäufe. Freiburg i. Br., 18. Dezember 1946. Badisches Wirtschaftsministerium - Preisbildungstelle -

Heiraten

Junge gebildete Dame mit Verm. u. Aussauer, möchte das rechte Glück in harmonischer Ehe finden. Näheres unter 160 durch Briefbund Treuehilfe, Geschäftsstelle München 51, Schlief. 37.

Viele fanden ihr Glück durch die gr. Organisation des Briefbundes: „Dein Lebenskamerad“. Schreiben Sie noch heute und verlangen Sie unverbindlich Auskunft durch Prospekt a 74. Geringe Monatsbeiträge, rasche u. gute Erfolge, vollständig diskret. Stuttgart 1, Postschliefach 685.

Schenken Sie mir Ihr Vertrauen! Ich vermittele Ihnen diskret Ihren Ehepartner. Institut Jupiter, Frau M. Haag, Stuttgart 13, Houburgerstrae 56. (50-107)

Glückliche Ehen ermöglicht meine langjahrigere, leistungsfähige Vermittlung für alle Kreise bei reichen Vorkommnissen. Auch Eheiraten aller Art. Auskunft kostenlos, diskret. Frau Hilde v. Redwitz, Karlsruhe, Beierth. Allee 14a-119.

Groinstitut für Eheanbahnung SELIG hatte an Weihnachten und Neujahr wieder früher eine groe Anzahl Verlobungen und Hochzeiten zu verzeichnen. Ein Beweis für meine planvolle Arbeit! Zentrale Frankfurt a. M. Ruprechtsstrae 6; Zweigstellen: Heidelberg, Steubenstr. 53; Karlsruhe, Uhlandstr. 36; Rastatt, Veldhensr. 9; Stuttgart-K. Hirsauerstr. 6; Ravensburg, Herrenstr. 41; Friedrichshafen, Paulinenstr. 36; Konstanz, Untere Latbe 22.

Fräulein, Anf. 30, blond, gute Erscheinung, ka'h., sucht auf diesem Wege, da Mangel an Gelegenheit, mit charaktervollem Herrn Gedanken austauschen zw. späterer Heirat. Nur ernstgemeinte Zuschr. unt. Nr. 20-181 DNT., Geschäftsstelle Freiburg i. Br., Schwabentorstrae 1.

Herzenswunsch. Gut aussiehende Frau, 40 J., 1.62 gr., kath., auch geschäftstüchtig mit zwei herzgeliebten Kindern wünscht für ihre Kinder einen lb. guten Papa und für sich einen gut. vernünf. ligen Lebenskameraden. Habe ein schönes gepflegtes Heim. Herren in sicherer Stellung, die sich in einem gemütlichen Heim sehnen, wenden sich nur mit ernstgemeinten Zuschriften unt. Nr. 20-175 an DNT, Geschäftsstelle Freiburg, Schwabentorstr. 1.

Kriegsverwehrt total ausgebombt sucht dringend gegen gute Bezahlung ein Verkaufsstand. Plane oder Schirm u. Lampe. 20-179 Wilhelm Müller, Freiburg i. Br., Gutleutstrae 29a.

Kinderauto mit Sitz zum Antreten gesuch. Zuschr. unt. 18-102 an DNT, Offenburg, Postfach 361.

Angora-Wolle im Auftrage zu kaufen gesucht evtl. Tausch geg. Angora-Zellwolle od. Kunstseide (An erwachse für Damen und Herren.) Dasselb Angora-Kaninchen zu kaufen gesucht. Hs. Held, Kenzingen-Brsgr., Siedlung 5. (32-447)

Verschiedenes

Selbständiger Obergärtner übernimmt Pflege von Privat- und Obstgärten gegen tarifl. Lohn und Kost. Voranmeldung an Obergärtner Marcellus Lutz, Freiburg i. Br., Kampfmeyerstr. 17.

Achtung! Bastler herhoren! Baupläne zum Selbstbau einer Schwarzwald-Uhr (vollständig Holz) mit genauer Baubeschreibung erhältlich zum Preise von 2.85 Mk. per Nachnahme von Firma Günther Fischer, Groberkel Kreis Hameln (20). (Ku-1)

Suche 1 Exzenter-Press, 2 Fupedalpressen, 1 Schlagseere, Elektro-Mooren von 1-10 PS. Verkaufsbedingungen u. R 793 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (50-26)

Textil- u. Bettwarengeschaft werden um Adressangabe zwecks Aufnahme in Kundenkartei gebeten. Zuschr. unter o 785 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (50-28)

ACHTUNG! Seilbauereiter von Brennholz. Helft mit wertvolles Volksgut zu erhalten! Wir haben Buchenscheiter und geben diese gegen Stammholz, das dann wieder zu Haushalts- und Gebrauchsartikel verarbeitet werden kann. Auskunft und Rückfragen in der Werkstate der Drechslerei Fenninger am Schwabentor, Adelhauserstr. 22.

Fordern Sie unser Angebot: Verzeichnis für Industrie, Handel, Gewerbe u. Privatbedarf, Kauf- und Tausch Nachweis Nordwest, (23) Norden. (Aa-1)

Verkäufe

Zu verkaufen: 2 beig. Riesen, Zuchthasinnen, 10 Monate alt u. 1 franz. Widder, Zuchthasin, 1 Jahr alt m. 4 Jungen, 7 Wochen alt, grau, nebst Stall Wolf, Freiburg i. Br., Wilhelmstr. 1.

Elektr. Plattenspieler, 220 od. 125 Volt zu kaufen oder tauschen ges. Zuschr. unt. Nr. 18-103 an DNT, Offenburg, Postf. 361.

Neuwertige Reiseschreibmasch. zu verkaufen od. zu tauschen gegen Pelzmantel, Gr. 1.70, für schlanke Figur. Zuschr. unt. Nr. 20-183 DNT., Gesch. Freiburg i. Br., Schwabentorstrae 1.

1 P. Herren-Sonntagschuhe Gr. 43 geboten, Brennholz gesuch. Freiburg i. Br., Kartausersr. 66, I. Stock. (20-184)

Damenfahrrad oder Leiterwagen 5 bis 6 Ztr. Tragkraft gesuch, geboten wird Herrenwintermantel Gr. 46, schwarz, neuwertig. Zuschr. unt. Nr. 33-101 DNT., Geschäftsstelle Rheinfelden-Bd.

Biete an: 2 neuwertige la Ma-Herrenanzug u. Wintermantel für gr. schlanke Figur, Oberhemden, Winterwasche 37-38, 2 P. braune, 1 P. schwarze Herrenschuhe neu, Gr. 43, prima Pullover neu, viele Lehrbücher für Abitur, u. a. mehr. Suche: gute Schreibmaschine, oder Radio, Federbetten, 1 P. Herrenschuhe Gr. 46, 1 P. Damenschuhe Gr. 42. Zuschr. unt. Nr. 32-448 DNT Offenburg, Postfach 251.

Tausch

Wir arbeiten und liefern! Schunk & Ebe, Elektrokoch- und Burstenhalterfabrik (16) Gießen, Postf. 119

Schamotteplatten-Einsätze für Elektrokoher in groeren Mengen laufend lieferbar. Anfrage erbeten an: Schamotte-Werke Karl Fliesen A.-G., Grünstadt, Pfalz. (Ww-7)

Wir arbeiten wieder und liefern auch Kohlebürsten Keuer, Augsburg, Hubertusplatz 11. Lieferung in franz. Zone möglich. (32-369)

Die bekannte, bestbewahrte Anfeuertohle „ERKO“ ist wieder zu haben in Paketen zu 14 kg Mk. 9.-. Ernst Kossmann, Kohlen u. Holz, Tutlingen (32-404)

Stumpfe Rasierklingen wieder wie neu! Auf meinen Original-Rasierklingenmaschinen mache ich Ihre stumpfen Rasierklingen wieder haarscharf. Beste Qualitätsbeurteilung von Verbrauchern liegen vor! Ihre eigenen Klingen erhalten Sie gleich nach Posteingang wieder zurück 50 Stück Mk. 2.- 100 Stück Mk. 3.-. Porto für Rücksendung einfach 48 Pf. Einschreiben Mk. 1.08. Betrag bitte gleich beifügen. Bitte nur saubere und rostfreie Klingen einzusenden. Auf starke Versandpackung achten. Weitere Annahmestellen an allen Orten zu vergeben. Jakob Friese, Monheim 69 Rhld., Bez. Düsseldorf, Hofstr. 12. (Du-1)

Heiraten

Junge gebildete Dame mit Verm. u. Aussauer, möchte das rechte Glück in harmonischer Ehe finden. Näheres unter 160 durch Briefbund Treuehilfe, Geschäftsstelle München 51, Schlief. 37.

Viele fanden ihr Glück durch die gr. Organisation des Briefbundes: „Dein Lebenskamerad“. Schreiben Sie noch heute und verlangen Sie unverbindlich Auskunft durch Prospekt a 74. Geringe Monatsbeiträge, rasche u. gute Erfolge, vollständig diskret. Stuttgart 1, Postschliefach 685.

Schenken Sie mir

# Edwin Erich Dwinger

Edwin Erich Dwinger ist kein Unbekannter. Das Gobbelsche Propagandaministerium ließ es sich angelegen sein, den Werken dieses geistigen Wegbereiters der Despotie größte Verbreitung zu sichern. Die NS-Presse sparte nicht mit Druckerschwärze, um Huldigungsartikel und Würdigungen zur Veröffentlichung zu bringen, die den Dichter, NS-Kultursenator, Parteigenossen und SS-Ehrenführer Dwinger als Sinnbild deutschen Mannestums und der Charakterfestigkeit darstellten. Der Nationalsozialismus war diesem Heroen des völkischen Parnass verpflichtet. Dwinger war schließlich sein früherer Rufer und Trommler, der seiner Aufgabe, die deutsche Jugend zu vergiften, mit Ernst und Fleiß oblag. Seine Bücher, militäristisch-reaktionäre Tendenzschriften, diktierte ein unversöhnlicher Haß gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Werktätigen. Die Sowjetunion, das Land in der dieser Kampf mit dem Siege der Arbeiterklasse gekrönt wurde, diffamierte er in verzerrenden Schilderungen der Oktoberrevolution, in der er sich als Gefangener des 1. Weltkrieges zwischen Weiß und Rot entscheiden zu müssen glaubte. Seiner ganzen Veranlagung und Erziehung gemäß, vor allem aber seiner sozialen Stellung entsprechend, entschied er sich für die weißgardistische Konterrevolution und verließ Rußland erst, als hier der letzte reaktionäre Widerstand getilgt worden war. Nach Deutschland zurückgekehrt wurde der Soldat Dwinger zum Bauer und Dichter.

Mit dem ersten Satz, den er zu Papier brachte, verschrub er sich der Reaktion, die ihn als willigen Notthäter gegen den drohenden Aufbruch des Volkes begrüßte. Sie sorgte für hohe Auflagenzahlen seiner Bücher, die kein anderes Ziel hatten als das deutsche Volk und vor allem seine Jugend in unheilvollster Weise zu beeinflussen. Als die deutsche Reaktion schließlich in dem grausamen Dämon aus Braunau ihr letztes Heil erblickte, veranlaßte sie ihren Knecht Dwinger das Loblied des Teufels anzustimmen und den exaltierten Ton seiner Dichtung zum Paroxysmus zu steigern.

Dann kam der Befehl. Halb Europa wurde mit Tod und Verderben überzogen und — um es im Dwingerschen Jargon auszudrücken — „im Verfolg seiner ungeheuren geschichtlichen Mission“ sank schließlich Deutschland selbst in Asche und Trümmer. Unermesslich war das Leid, in das sich plötzlich das deutsche Volk gestürzt sah. Und während dies durch berufsmässige Vergifter betörte deutsche Jugend in den Massengräbern modert, in Gefangenenlagern verkommt, auf der Suche nach Angehörigen und Heimstatt durch die Lande irrt, sitzt Edwin Dwinger schon lange wieder friedlich und ungeschoren auf seinem Hedwighof im Allgäu. Er ist inzwischen wieder einmal Bauer geworden.

Er ist auch Dichter geblieben. Zum Erstaunen seiner Zeitgenossen legt er eben zwei neue Werke vor, die sich „Die Morphologie des Dritten Reiches“ und „Tagebuch der Tyrannis“ betiteln. Der Idealist Dwinger ist Idealist geblieben und hat nur den Spieß einmal umgedreht.

Daß er es nur zum Schutze seiner Schüchternheit tut, beweist ein Memorandum, von dem die „Tägliche Rundschau“ berichtet. Da hat also diese Inkarnation deutschen Mannestums ein Tintenfaß entkorrt und einen schriftlichen Rechtfertigungsversuch unternommen. Er bezeichnet sich darin als „den prominenten Vertreter einer pazifistischen Haltung“ und als einen Feind der Nazityranni, die er heute dafür verantwortlich macht, daß ihm, dem großen Dichter E. E. Dwinger, der Weg zum Welttrium versperrt wurde. Zum Beweis seiner bekannt nazifindlichen Einstellung führt er — man staune — den niederen Rang an, den er in der SS bekleidete. Er hatte „nur bis zum SS-Obersturmführer gebracht“, wo er als Träger eines klingenden Namens wohl Obergroßgruppenführer hätte sein müssen.

Edwin Erich Dwinger spekuliert auf die Dummheit und Vergeßlichkeit. Er wird das Verschwinden seiner früheren Werke aus Buchhandel und Leihbibliotheken warm begrüßen. Wir wollen all dem aber ein wenig entgegenarbeiten.

Wir schlagen nur ein Buch auf, daß Dwinger geschrieben hat. Sein Tagebuch aus dem Rußlandfeldzug. Im ersten Kapitel, Seite 40 steht da:

... „In einer Minute ... wird also Krieg sein. ... Krieg mit Sowjet-Rußland! Diesen Krieg habe ich immer als die große Entscheidung angesehen, für ihn habe ich im Grunde allein noch gelebt! War es nicht der Sinn meines ganzen schöpferischen Lebenswerkes, auf ihn vorzubereiten, unser Volk für dieses Unausweichliche bereit zu machen?“

Ist dies kein offenes Bekenntnis? Wir können es jedenfalls nach Ueberprüfung seines Lebenswerkes nur bestätigen. Und Herr Dwinger lebt noch, er lebt sogar in Frieden auf seinem Hof obwohl nun, da dieser Krieg beendet ist, für ihn kein Grund zum Weiterleben mehr vorhanden wäre. Hunderttausende aber die für ihn in diesen unseligen Krieg ziehen mußten leben nicht mehr. Millionen, die er hineingetrieben hat, sind bis heute noch nicht zurückgekehrt!

Im gleichen Kapitel, Seite 72: ... ein Meer von Köpfen schwankte auf mich zu, von kahlschorenen Köpfen ohne jede Stirn, ein Meer von tiefliegenden, ausdruckslosen Augen, ein Meer von grob in die Gesichter gehauenen Mündern, über deren gemeine Lippen auch jetzt kein Wort glitt. ...

... War die Verwandlung wirklich schon so groß, daß sie sogar die menschlichen Eigen-

schaften verloren, nicht einmal darin mehr Ähnlichkeit mit uns hatten? ...

Hier befolgte der „Dichter“ Dwinger einfach einen Auftrag. Die Masse der deutschen Soldaten und das deutsche Volk mußte soweit gefühllos gegen diese wertlosen Gefangenen gemacht werden, daß sie willig den Befehl zur viehischen Abschachtung befolgten, sich nicht in Empörung ihres Herzens dagegen auflehnten. Herr Dwinger war beauftragt, die Genickschußkommandos, die Gasofenbedienung, die KZ-Wachen, die Fienker zu züchten.

Während die verführte deutsche Jugend für die unfassbaren Verbrechen süß, sitzen ihre gelistigen Anstifter vom Schlage dieses Edwin Erich Dwinger bereits wieder zuhause und wetzen ihre Federn auf willigem Papier. Wenn Dwingers neueste Elaborate nur den Zweck haben, einen charakterlichen Offenbarungseid abzulegen, so hätte er sich die Tinte sparen können. Wir wissen, wie wir ihn einzuschätzen haben. Wir wünschen nichts mehr von ihm zu lesen. Es scheint uns aber im Interesse einer notwendigen Gesundung unseres Volkes in charakterlicher und geistiger Beziehung unerlässlich, Infektionsherde wirksam zu isolieren.

Dr. Walter Kunze.

HELENE BECKER:

## AM DEICH

An einem Moorgraben vorbei, dessen schwarzbraunes Wasser von grüner Widnis übersponnen ist; führt der Pfad. Das nasse Gras schlägt vor und hinter jedem Schritt zusammen, ein Kleinschubengel, aus dem die aufgeschreckten Frösche zur Seite ins Wasser plumpen. Das Haus an seinem Ende hat last den Charakter eines Hauses — eines fest umrissenen blockhaften Geoides — verloren, ist gewickelt geworden, so tief hängt das Riedach in hochgründendes Gesträuch herunter. Die Beiden, die darunter ihr Leben zu Ende spülen, sind von solcher Art, daß man sie schon lange zu kennen glaubt, als seien sie aus tiefer liegenden, von Ort und Zeit unbundenen Erinnerungsschichten heraufgetaucht. Jan komm gebückt unter der niedrigen Tür her. Aber sonst geht er aufrecht auf den leicht nach außen geogenen Beinen, deren Krümmung die Hosen wie Häute markieren — doch er geht in alterstarrer Straffheit leise behind. Sein Gesicht ist von krausem grauen Gespinnst überdeckt, wenigstens zur unteren Hälfte. Es muß sehr gültig sein, denn die Augen blicken wasserblau und mild in einem Netz von lebensklugen Fältchen. Die Mütze, sonnenverblühtes Schifferbau, scheint festgewachsen. Er begrüßt uns freundlich, mit einem Kinderstauen, das wohl jedem gilt, der von „draußen“ kommt. Wie er dann seine Frau ruft, das klingt anheimelnd warm, wenn auch unverständlich, ein raun-herzliches Gemurmel, Eigensprache der alten Eheleute. Marie — sie humpelt am Stock heran — ist kleiner, grauer, verwitterter und ihr Gesicht unter dem spärlichen, mühsam zum Knoten aufgedrehten Haar wie aufgezehrt von einem halbenlebenlangen körperlichen Leiden. Ausgespart blieb nur das Lineament des Schmerzes. Doch huscht jetzt eine Bewegung, Erstaunen und Neugier über das Gesicht, fährt in die Hände, die ertortan in aufgeregter Gastlichkeit in der Küche wirken. Ihr baugestühtes Innere mutet den Fremden wie das einer großen Schachtel an, hokerig klein und eng beinauert ist alles, der Tisch mit den rundgeschuerten Kanten und die wackeligen Stühle. Er nötigt die beiden, zu sitzen. Aber Marie rudert in dem Gedult von Alter und Kuhdunst herum, brockt Brot in heiße Milch, die sie in ein braunes, innen wie geädertes Schälchen gießt, der erste Imbiß. Sie fragt viel und nicht teilnahmlos — wie bedeutend ist ihr alles, was der Gast von Verwandten und Nachbarn hinplaudert. Jan, der stumm in hilflosem Wohlwollen zugehört hat, geht behutsam hinaus, das Räderwerkchen seines Tages ruht ihn.

Die Frau wird ihm schon alles berichten. Sie führt den Gast in die feierlich aufgeräumte Stube, vor die Bilder der Söhne, die in Rahmen aus kleinen Muscheln auf einem zerbrechlichen Tisch-

chen stehen. Eindringlich sprechen die Gesichter in die stockige Stille des Raumes — Gesichter, die wie gelornt, fast roh zugehauen sich ausnehmen gegen die altersüberfahnen ziselierten der Eltern. Das Verweilen davor ist wie eine Andachtsübung. Der ältere ist noch in Gefangenschaft, vom anderen kam noch keine Nachricht. Marie trägt beides mit jener einfältigen Hingebetheit an das Leben, die zwischen der dumpfen Leidensbereitschaft der Tiere und kindlich frommen Sichfügen in das Unlösbare, Rätselvolle steht.

Dem Abschiednehmenden sehen beide nach. Sie wischt die Hände in verlegener Bewegung an der Schürze. Er hebt sich schwer vom Meistuhl, legt die Rechte auf den starken Hüftknochen der Kuh und zieht sich daran hoch. Das Tier rührt sich nicht. Es kreiselt nur mit einem Ohr. Und das ist wie ein Zeichen von geheimem Einverständnis.

Der Deich begrenzt das Land seawärts — er begrenzt auch das Blickfeld der Bauern. Und so wie es keinen von ihnen reizt, in die See hinauszuschwimmen oder zu fahren, so zieht es sie auch nicht landeinwärts. Man besucht die nicht allzuweit enterntenen Verwaten gelegentlich und bleibt sonst eingeschlossen in den unveränderten Kreislauf des Jahres. Selbst der Schulmeister, der mit wichtigem Gechternernst Torischichten erforscht, Fossilien sammelt, Küstenvögel ausstopft und Aufsätze für die Heimatzeitung schreibt, hat noch keine zerstörte Stadt gesehen. Berichte von dem, was in den Kriegsjahren in den Städten geschah, Schilderungen, wie man heute zwischen Ruinen lebt, mögen in ihnen ähnliche Vorstellungen wachrufen wie Grusemärschen auf Kinder, die wohl georgt sind. Einmal mag sie das Grauen angesehen haben, damals, als man vom Deich her Weimshaven brennen sah und der Himmel rot gefärbt war und das heranflutende Wasser branngelb schimmerte. Heute, da sie den Roggen zu Garben bindet, fackert das aber selten mehr durch ihre Erinnerung. Es ist verwachsen unter den Sorgen um das Tägliche, eingegangen in ein Leben, in dem es wohl einige Veränderungen am Rande, aber keinen Stilbruch gibt. Und die greifbaren Dinge, ihre beruhigte Wirklichkeit und die gelassene Landschaft haben soviel Macht über den Fremden, der aus der entervenden Dürre einer zerstörten Stadt kommt, daß er einige Spazierwege lang in den Wahn sich gleiten läßt, er habe die Verwandlung, die Entstaltung seiner Welt auch nur geträumt.

Doch das Rot des Rockes, den die Schleslerin trägt — sie arbeitet für Brot und Dach bei einem Bauern hinterm Deich — leuchtet allzu heftig in die spätsommerliche Reife.

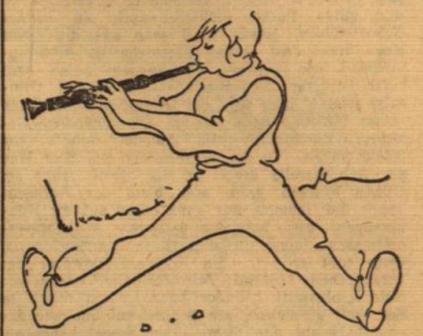
Kriege propagiert haben, indem sie auf Ihren Artikel „Frauenreserven“ hinweist, so muß ich ihr leider, ich sage ausdrücklich: leider, Recht geben. Die von Ihnen damals geschriebenen Sätze: „Die äußere Haltung ist der deutlichste Ausdruck für die Mächtigkeit inneren Kriegserlebnisses und für das Maß des seelischen Beteiligungs. Und darauf schließlich kommt es am meisten an. Es kommt darauf an, in welchem Ausmaß das Nachkriegserlebnis tatsächlich für das tägliche Leben beherrschend ist, ob man sich mitten hineinstellt oder ob man sich von seiner Schwere auf diese oder jene Art zu entlasten versucht. Es kommt, mit anderen Worten, darauf an, ob man im „geschichtlichen Strom steht oder an den Ufern“, dürfen von einer wirklichen Demokratin nie geschrieben werden, denn der geschichtliche Strom, den Sie 1941 bejahten, das war die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus, und an den Ufern standen die Gefangenen von Auschwitz und Buchenwald. Ich war deshalb erschüttert, als ich las, daß Sie eine Broschüre veröffentlichten: „Der neue Weg der deutschen Frau“, und daß Sie über das gleiche Thema heute überall sprechen. Ich habe als junger Mensch an Sie geglaubt. Soll unsere Jugend, die zum Teil noch unentschlossen dem neuen Weg gegenübersteht, und die wirkliche Vorbilder braucht, auch noch einmal an Sie glauben, um genau so enttäuscht zu werden, wie wir er nach 1933 durch Sie wurden?

Um die Jugend für die Demokratie zu gewinnen, um sie zu wirklichen Kämpfern zu machen, um ihr das Bewußtsein zu geben, daß Politik und Wahrheit nicht zwei verschiedene Dinge sind, bitte ich Sie, sprechen und schreiben Sie nicht mehr über den neuen Weg und den Wiederaufbau, denn Sie haben uns nichts mehr zu sagen.

Dr. Rudolf Agricola

## Die Flöte

Wer eine Blockflöte besitzt, geht flöten. Warum soll er auch nicht? Was aber Sebastian mit seiner Solobarockflöte trieb war wahrscheinlich übertrieben. Von frühester Morgenstunde bis spät in den Schlaf seiner Nachbarn hinein blies er. Kein Lied war vor ihm sicher. Mit gleicher Heftigkeit flötete er einen weichen Walzer wie einen straffen Marsch, ja auch die Triosonaten um 1700 alter Mensur flossen ihm genau so aus dem Ueber-



blasloch wie die Bachkantaten. Und wanderte Sebastian sonntags ins Grüne, begleitete ihn die Barockflöte und ein Fläschlein Flötensöl und ein Döblein Zapfenfett. Dann saß er am Wiesenrand und flötete sich die Gegend ringsum menschenleer. So verliebt war Sebastian in seine Barockblockflöte und seine Kunst, sie zu blasen.

Eines Tages klopfte es an Sebastians Tür. Ein fremder Herr stand draußen. Er wickelte sogleich eine Art Grammophon aus.

„Mein Schallplattenaufnahmegerät“ sagte er stolz.

„Was soll ich damit?“  
„Es soll für Sie eine tönende Erinnerung werden mein Herr! Was Sie singen, was Sie pfeifen, was Sie sprechen — alles hält diese Schallplatte naturgetreu fest. Wollen wir eine Probeaufnahme machen?“

„Gern“ sagte Sebastian.  
Er war begeistert.  
Sebastian holte seine Flöte aus dem Futeral. Leise blies er in den Luftkanal.

„Fertig?“  
„Los!“

Die Platte lief.  
Sebastian flötete.  
Sebastian flötete lange und laut. Dann setzte er ab.

„Ich bin zu Ende!“  
„Bravo! Bravo!“  
„Ich danke Ihnen.“  
„Wollen Sie jetzt die Platte hören?“  
„Ich bitte darum.“

Der Vertreter legte die Platte auf. Im Raum ertönte Sebastians Flötensolo.  
„Genau als ob Sie selbst im Zimmer bliesen, mein Herr!“

„So klingt das?“  
„Genau so! Täuschend ähnlich!“  
„Das hätte ich nie geglaubt“ sagte Sebastian.  
„Was? Da staunen Sie?“  
„Ja, ich staune.“  
„Darf ich Ihnen also den Apparat verkaufen?“  
„Nein. Aber ich werde Ihnen etwas verkaufen.“  
„Was?“  
Sebastian sagte demütig:  
„Die Flöte.“

Jo Hanns Rösler.



Aufbau-Verlag, Berlin

Der Aufbau-Verlag Berlin, hat eben eine Broschüre der Öffentlichkeit übergeben, die eine Art Rechenschaftsbericht beinhaltet. Das mit Illustrationen versehene Heft berichtet über bereits erfülltes Verlagsprogramm und kündigt Neuerscheinungen an. Man ist überrascht von der Vielfalt und inhaltlichen Gediegenheit dieses Programms. Vor allem wird dem deutschen Volk sichtbar eine Art von Literatur vermittelt, die den Problemen unserer Zeit Raum verleiht und damit einen wesentlichen Beitrag für die notwendige demokratische Erneuerung bedeutet.

Anna Seghers: „Das siebte Kreuz“ wird in zweiter Auflage angekündigt. Der „rasende Reporter“ E. E. Kisch wird mit zwei Neuerscheinungen dem deutschen Leser wieder zugänglich gemacht. Ludwig Renn gibt seinen Lebensbericht in einem neuen Roman „Adel im Untergang“. Theodor Pleviers Tatsachenbericht „Stallgrad“ wird in achter Auflage vorbereitet. Johannes R. Becher gesamtes neueres Schaffen ist in einer Reihe von Bänden erschienen. Die Neuauflage von Bernhard Keilmanns „Der 9. November“ entspricht einfach einem Bedürfnis. Der marxistische Literaturkritiker Georg Lukas unterzieht in einer Folge von Bänden die deutsche Literatur einer bemerkenswerten Analyse. Der Dichter-Arzt Friedrich Wolf ist mit einigen älteren und all seinen neuen Schöpfungen vertreten. Die Zusammenstellung seines dramatischen Schaffens gibt der deutschen Dramaturgie Möglichkeiten, die sie — besonders in unseren westlichen Zonen — keineswegs in genügendem Maße wahrnimmt. Hierher gehören auch die Bühnenwerke Günther Weisenborns und die Neuauflagen der Stücke Carl Sternheims.

Es würde zu weit führen alle Werke, die ja auch nur alle Autoren anzuführen, die das Verlagsprogramm des Aufbau-Verlages nennt. So sei denn nur noch auf die Bücher Willi Bredels, Hans Faladas und die große Reihe von Werken russischer Autoren verwiesen. Besonders dankenswert ist das Streben des Verlages, der Jugend geeignetes Schrifttum zu vermitteln. Die in illustrierten Kartonausgaben herausgegebenen Jugendbücher bedeuten den Beginn einer neuen deutschen Jugendliteratur.

Feuilleton-Redaktion: Dr. Walter Kunze, Freiburg i. Br., Vauban-Strasse 12.

## Offener Brief an Gertrud Bäumer

Die Ankündigung Ihres Vortrags über „Standort und Aufgabe der Frau im Wiederaufbau“ gibt mir die Veranlassung Ihnen zu schreiben.

Vor mehr als zwanzig Jahren sahen viele junge Menschen in Ihnen eine Kämpferin für die Demokratie. Wir lasen damals Ihre Artikel in der „Hilfe“. Sie trugen durch Ihre Kompromißlosigkeit wesentlich dazu bei, bei Vielen der damaligen Jugend den Gedanken und den Willen zur Demokratie zu festigen. Der Unterzeichnete war einige Jahre nach der Revolution von 1918 — es mag wohl im Frühjahr 1921 gewesen sein — Vorsitzender der republikanischen Hochschulgruppe in Erlangen und das einzige demokratische Mitglied der damaligen Studentenvertretung. Wir schrieben Ihnen nach Berlin. Sie möchten bei uns sprechen, weil wir darin eine Stärkung unseres schwachen Häufleins sahen. Es war eine aufregende Zeit. Die Nazis beherrschten damals schon in Erlangen die Studentenvertretung und bei den Asta-Wahlen waren die Juden vom Wahlrecht ausgeschlossen. Trotz Ihrer ungeheuren Arbeitsbelastung kamen Sie nach Erlangen und sprachen in einer Studentenversammlung, die ich leitete, zu über tausend Menschen. Sie sprachen über die Aufgabe des demokratischen Deutschlands und Sie wurden von der damaligen Reaktion niedergeschrien, wobei ein Pfeifkonzert die Argumente unserer Gegner unterstützte. Die Versammlung endete in einem Tumult, und wir saßen danach mit gemeinsamen Freunden noch lange zusammen. Vielleicht erinnern Sie sich noch daran. Wir, die wir damals jung waren, glaubten an Sie und sahen in Ihnen eine Vorkämpferin für Demokratie und Freiheit. 1933 verließen auch manche der Jüngeren unsere Reihen, ich denke dabei an Otto Stündt, der auch in der oben angeführten Versammlung sprach. Aber viele kämpf-

ten nach der Machtergreifung Hitlers weiter und es ist hierbei gleichgültig, in welchen Organisationen und Untergrundbewegungen sie es taten. Entscheidend ist, daß sie die Demokratie nicht verrieten.

Aber Sie, Frau Bäumer, haben Verrat an der Demokratie geübt. Sie haben weiter geschrieben, und Sie wagen sagen, Sie hätten auf ihre Weise versucht, den Nationalsozialismus zu sabotieren. Aber durfte man so weit gehen, um nur ein Beispiel herauszugreifen, daß in Ihrem Aufsatz „Eine notwendige Antwort“ vom 17. Februar 1934 sich der Satz findet: „Der Nationalsozialismus hat Recht mit der moralischen Wertung seiner echten Märtyrer“? Aber Sie gingen noch weiter. In der Schrift „Die Frau“, Heft 6 vom März 1934 schreiben Sie in Ihrem Aufsatz „Spießbürgertum in der Frauenfrage“ den Satz: „Es gibt heute viele Frauen, die in der nationalsozialistischen Weltanschauung eine große Möglichkeit für die Ueberwindung bisheriger Unstimmigkeiten in den Beziehungen — Frau und Volk, Frau und Staat — sehen. Ich gehöre zu ihnen. Wirklich nicht erst seit gestern oder vorgestern.“ In der gleichen Schrift ist in Heft 7 vom April 1941 unter der Ueberschrift „Frauenreserven“ zu lesen: „Werden die Reserven, die der Krieg nach seinem Ausmaß, seinen Zielen und damit zugleich seinem Wagnis fordert, wirklich schon von den Frauen in einem Maße eingesetzt, das der ungeheuren Tragweite der Heimatleistung im totalen Kriege entspricht?“

Wenn Ise Reinicke in ihrem Aufsatz „Für oder wider Gertrud Bäumer“ („Weltbühne“ Nr. 11 1. Dezember 1946) schreibt, daß Sie die Notwendigkeit der Totalität des grauenvollsten aller

## Freiburg, 25. Januar

Seit undenklichen Zeiten liegen sie einander in den Haaren. Sie führen den Kampf gegeneinander teils offen, teils verschleiert. Es ist gewissermaßen der älteste und hartnäckigste Prozeß der Weltgeschichte: Optimist contra Griesgram! Der Optimist kommt morgens zur Arbeit, strahlend, gut gelaunt, trotz 20 Grad unter Null und trotz der bestehenden Tatsache, daß seine Brot- und Fleischmarken bis auf das letzte Gramm von der Lebensmittelliste verschwunden sind. Aber er strahlt, er muß es einfach, es ist sein gutes Recht, vielleicht auch ein kleiner Geburtsfehler, genau weiß man das nie. Nur eines steht fest, seine Eigenschaften sind ansteckend, sie wirken wie Sonnenstrahlen nach einer längeren Regenperiode. Wenn der Optimist strahlt, dann wird der Griesgram böse. Denn seiner Meinung nach müßten alle Menschen Gesichter, durchfurcht wie Rangierbahnhöfe zur Schau tragen. In der Straßenbahn auf dem Weg zur Arbeitsstelle ärgert er sich bereits schon am frühen Morgen grün und blau, der Aermstl Tappt ihm jemand nur ganz leicht auf die Hüfteraugen, was bei den heutigen Verkehrsverhältnissen immerhin einmal vorkommen kann, dann tobt er los. Ein Kompaniefeldwebel der vergangenen tausend Zeitalterjahre würde vor Neid erblassen! Kinder kann er um nichts in der Welt ausstehen, sie wirken auf ihn, wie das rote Tuch auf den Stier. Aber Kinder haben ein feines Gefühl, sie schlagen einen großen Bogen um solche Menschen. Erscheint dagegen ein Optimist auf der Bildfläche, so genügt ihnen ein einziger Blick in dessen Gesicht, und sie wissen mit wem sie es zu tun haben. Es gibt auch weibliche Griesgramme, im Volksmund „Drachen“ benannt. Jeder halbwegs normale Mann reißt vor ihnen aus. Kommen sie zur Tür herein, dann wird jede sorgsame Hausfrau die Milch vom Tisch nehmen, um sie nicht im Nu vor dem Blick einer solchen Person sauer werden zu lassen. Kleine Kinder fangen bei ihrem Anblick an zu weinen, und Hunde klemmen den Schwanz ein und verdrücken sich lautlos. Auf der Arbeitsstätte verbreiten sie eine Atmosphäre um sich, die man gelinde als „vergiftet“ bezeichnen kann. Die belanglosesten Kleinigkeiten behandeln sie mit einer Wichtigkeit, die ihrer Bedeutungslosigkeit keinesfalls zusteht. Sie kommen sich furchtbar interessant vor und wissen nicht, daß sie die einsamsten und aber auch die ärmsten Geschöpfe auf dieser ohnedies recht komischen Welt und außerdem ein Quell unerschöpflicher Heiterkeit für jeden Optimisten sind. — Peng.

## Krankenkost mit Hindernissen

Freiburg. Wir nehmen an, daß auf Grund der Vorkommnisse beim Freiburger Ernährungsamt wohl eine Neugestaltung in verwaltungstechnischer und organisatorischer Hinsicht durchgeführt wird. In diesem Zusammenhang wollen wir hier auf einen Mißstand hinweisen, der ebenfalls gleich behoben werden könnte. Es handelt sich um die Abteilung für Krankenernährung. Für diese Abteilung steht ein Raum zur Verfügung, in dem sich der ganze Publikumsverkehr einer fast 100 000 Einwohner zählenden Stadt abspielt. Was dies bei der heutigen Ernährungslage bedeutet, braucht nicht näher erläutert werden. Zudem ist nur vormittags von 8 bis 12 Uhr geöffnet. Nur eine Stunde des Anstehens genügt, um sich ein Bild davon zu machen, welch unmöglicher Zustand hier herrscht. Bereits vor 8 Uhr

### Mitteilungen der KP Freiburg

An alle Stadtteil- und Betriebsgruppenleitungen Heute, Samstag, 25. Januar, pünktlich 15 Uhr, findet in der Vanbanstraße 12 eine wichtige Funktionsberatung statt. Alle Funktionäre, Kassierer und Unterkassierer, sowie alle Genossen, die in der Verwaltung arbeiten, müssen anwesend sein. Vormerken!

Samstag, 1. Februar, abends 7 Uhr, findet im Heimatsaal der Harmonie eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Damit verbunden wird unsere L.L.L.-Feier sein. Genosse Erwin Eckert spricht zum Thema Beratende Versammlung und Wiederaufbau. Einlaß nur mit Mitgliedskarte!

morgens steht die Schlange bis zur Eingangstür, und diese Schlange steht bis mittags 12 Uhr. Welche Leute aber müssen hier stundenlang anstehen, bis sie abgefertigt werden? Einmal sind es die Kranken selbst, denen man sicher diesen Kräfteverbrauch ersparen könnte, zumal nicht einmal eine Sitzgelegenheit da ist. Oder aber es sind Leute, die die Kranken betreuen, und somit auch keine übliche Freizeit haben.

Wäre es nicht möglich, dieser Abteilung mehr Raum zur Verfügung zu stellen, damit sich der Publikumsverkehr nicht so sehr an einer Stelle staut? Und könnten nicht Sitzgelegenheiten angebracht werden, damit wenigstens die älteren Leute sitzen können, bis sie abgefertigt werden? Und dann glauben wir, daß es höchst notwendig ist, in die „Trockenmilch-Angelegenheit“ etwas mehr System zu bringen. Es kann doch nicht anstehen, daß z. B. ein Rezept, das bereits Anfang Dezember ausgeschrieben ist, nach gleichmäßigem Anstehen noch nicht abbestempelt ist, und nun sogar erst im September wieder vorgelegt werden kann, weil in der Zwischenzeit erst die Bestände aufgenommen werden müssen! Glaubt man so den Gesundheitszustand der Kranken und Reconvaleszenten zu heben? Kann der Patient bis zum September nicht längst gestorben sein? Wie kommt es, daß die Trockenmilch ohne jede Kontrolle ausgegeben wird? — Weiß das Ernährungsamt nicht, wie groß die Menge für Freiburg ist, und könnte man auf diese Weise den einzelnen Ärzten nicht ein Kontingent zuweisen?

So würde das Produkt gerechter verteilt, und gleichzeitig viel Ärger und Unannehmlichkeiten für jedermann vermieden. J. K.

### Zum Freiburger Ernährungsamt

Freiburg. Die Öffentlichkeit hat bisher nicht mehr, als die kurze amtliche Verlautbarung über die Vorkommnisse am hiesigen Ernährungsamt

## Bauarbeiter und Wiederaufbau

Freiburg. Im Heimatsaal der Harmonie fand die Generalversammlung der Bauarbeiter-Gewerkschaft statt. Staatskommissar Eckert, vom Kommissariat für Wiederaufbau, wies darauf hin, daß er großen Wert auf die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften lege und daß insbesondere zwischen den Bauarbeitern und dem Wiederaufbaukommissariat ein enger Kontakt bestehen müsse. Kollege Zimmer umriß die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, ihre Erfolge und ihre Schwächen. Heute gehe es darum, die verhängnisvolle Spaltung zu vermeiden, und die gewonnene Einheit der Gewerkschaften zu festigen. Die neuen Gewerkschaften sind wohl parteipolitisch und konfessionell neutral, nicht aber unpolitisch. Es gehe darum, die Basis für eine wirklich demokratische Entwicklung zu schaffen, den Großgrundbesitz, die Monopole zu liquidieren, und die Entnazifizierung, besonders auch der Verwaltungen, durchzuführen. Vor allem fordern die Gewerkschaften einen wirklichen Preisstopp.

Aus der Versammlung heraus wurde die Schaffung eines Verfassungsausschusses von Gewerkschaften gefordert, welcher der Landesversammlung formuliert die Forderungen der Gewerkschaften vorlegen solle. In der politischen Säuberung müssen tatsächlich die Aktivisten gefaßt und alle Schlüsselpositionen gesäubert werden. Eine Sitzung aller Mitglieder der Säuberungsausschüsse wäre einzuberufen in der das neue Gesetz vor seinem Inkrafttreten diskutiert und die bisherigen Erfahrungen berücksichtigt werden. Beim Umbau der Industrie-, Handels- und Handwerkskammern ist zu fordern, daß die Gewerkschaften helfend beteiligt werden. Mit ihnen sollen die neuen Tarifverträge abgeschlossen werden, wogegen neue Unternehmerverträge auf's Schärfste abgelehnt wurden. Die Bodenreform muß unter Zugrundelegung des Gesetzesentwurfs der Gewerkschaften durchgeführt werden. Der zentrale Ernährungsausschuß in Baden-Baden ist aufzulösen und der Landesernährungsausschuß muß unter Zuziehung der Gewerkschaft beschließende Kraft erhalten. Zum Freiburger Ernährungsamt wurde ebenfalls Stellung genommen und schärfste Maßnahmen gefordert. Bezüglich der Jugend wurde eine Resolution angenommen, in welcher im Zusammenhang mit der Durchführung einer allgemeinen Schulreform, der Um- und Ausbau unserer Fachschulen unter Zuziehung der Gewerkschaften, Festsetzung neuer Lehrlingsstufen, systematische ärztliche Überwachung der gesamten werktätigen Jugend, und ein neues Jugendschutzgesetz im Einvernehmen mit den Ge-

werkschaften und den zugelassenen Jugendorganisationen gefordert wird. Den Gewerkschaften muß innerhalb des Schulplanes Zeit eingeräumt werden, die Jugend mit allen Problemen bekannt zu machen, um sie als Mitarbeiter zu gewinnen. Staatskommissar Eckert sprach dann zur Säuberung und zum Problem der Verfassung. Der Verfassungsausschuß der Gewerkschaften soll besonders die Sicherung der Interessen der Werktätigen berücksichtigen. Die Verfassung muß sich später ohne Schwierigkeiten in eine deutsche Verfassung einordnen lassen. Betreffend des Aufbaues komme es weniger auf große Aufbaupläne an, — zuerst käme im Rahmen eines Notprogramms — der Wohnungsbau. Mittel und Wege müssen gefunden werden, um Materialschleubungen zu unterbinden, und den Arbeitseinsatz zu regeln. Sonderaktionen für den Aufbau und Instandsetzungen auf dem Lande müssen durchgeführt werden. Zum Schluß betonte Staatskommissar Eckert, daß sein Kommissariat nur erfolgreich sein kann, wenn eine positive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bestehe, von denen er auch Kritik erwarte. In der Diskussion wurde der Hoffnung kundgegeben, daß aus der gewerkschaftlichen Einheit die politische Einheit der Arbeiterschaft erwache.

Nach dem Tätigkeitsbericht schritt man zur Neuwahl des Vorstandes und zur Wahl der Delegierten für die Gründungskonferenz des Landesverbandes. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, deren Inhalt nachstehend auszugsweise wiedergegeben wird: Die Bauarbeiter leiden besonders an dem Mangel an Ernährung und Bekleidung, sind den Witterungsverhältnissen besonders ausgesetzt, und deshalb gesundheitlich ernsthaft gefährdet, was sich im kommenden Frühjahr mit seinen Tau-

## Braucht die Feuerwehr Schulterstücke?

Freiburg. Ein Großbrand in Friedenszeiten war eine aufregende Sache. Feuerwehrleute, die sich um die Rettung von Hab und Gut und unter Umständen sogar um Menschenleben. Die Feuerwehr war Helfer in allen Nöten, eine warme Sympathie wurde ihr von allen Menschen entgegengebracht. Später, nachdem die „Ausradierungen“ den umgekehrten Weg nahmen, wurden Großbrände zum täglichen Erlebnis. Heute ist es wieder anders geworden. Ein Brand ist ein Ereignis, und die Feuerwehr ist der Helfer in solchen Nöten, der immer zu rechten Zeit kommt.

Kürzlich stand ich unter einer Menschenmenge, die sich am Eingang eines Kinos staute, und was sah ich da? Einige Feuerwehrleute — um es genau zu sagen: ein Oberleutnant, ein Leutnant, ein Korporal (die entsprechenden Dienstgrade bei der Feuerwehr sind mir leider unbekannt!) — standen in voller Pracht dabei, mit glänzenden Schulterstücken, davon sogar eines mit prangen dem goldenen Stern.

Ich schloß geblendet die Augen, und allerlei Gedanken fuhren mir durch den Kopf. Hatte ich doch seit einigen Tagen die schmutzige Uniform der Freiburger Polizei bewundern können, die einen befriedigenden Mittelweg zwischen Eleganz und Uniformität aufweist. Hier aber stiegen wieder jene unangenehmen Erinnerungen an vergangene Zeiten, an blutigen Militarismus, an jenen Geist, der den Beginn des eigentlichen Menschen erist beim Offizier sah. Schon einmal hat man uns weismacht, daß nur der Offizier ein Mensch mit allen Tugenden sei, daß er allein den Adel und die Würde gepachtet habe. Man hat uns verschwiegen, daß es eine höhere Bewahrung gibt als auf dem Schlachtfeld und daß es unendlich mehr Geist, Wissen und Mut erfordert, im Kampf des Lebens zu bestehen.

Müssen diese Geister wieder beschworen werden? Kann die Feuerwehr nicht auch ohne Schulterstücke und Sterne Brände löschen? Oder soll das symbolisch so gemeint sein, daß die Feuerwehr die großen Brände löschen will, die ihre Vorgänger mit Schulterstücken und Sternen entfallen haben?

Wir danken für solche Symbolik! Wir wissen, daß nur eine völlige Abgabe an den Geist des Militarismus und der Eisenfresserei uns und der Welt eine friedliche Zukunft gewähren kann. Noch immer steht die deutsche Seele, in der sich die ersten Keime zum selbständigen Denken regen, unwillkürlich stramm, wenn sie Uniformen

## Freiburger Chronik

Die Militärregierung hat nunmehr die Genehmigung zum Wiederaufbau des zerstörten Rannaviadukts erteilt. Mit den Instandsetzungen können im kommenden Frühjahr gerechnet werden. Dieses wichtige Bindeglied zwischen Südbaden und Südwürttemberg wird somit in absehbarer Zeit wieder seine Aufgabe erfüllen können.

Die Vorlesungen der Universität Freiburg werden entsprechend der zu Beginn des Wintersemesters infolge Heizungsschwierigkeiten beschlossenen Anordnung am Montag, 17. Februar 1947 wieder aufgenommen.

Der Ordinarius für Rechtsgeschichte, Dr. Franz Beyerle, wurde zum Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität ernannt, nachdem der bisherige Dekan, Professor von Dietze, zum Rektor gewählt worden ist.

Grabstätten, in denen im Jahr 1931 Personen im Alter von 10 Jahren aufwärts und im Jahre 1937 im Alter unter 10 Jahren beigesetzt worden sind, müssen in nächster Zeit zur Wiederbelegung eingegeben werden. Der Oberbürgermeister gibt bekannt, daß gemäß § 46 der Friedhofordnung alle auf den oben genannten Grabstätten befindlichen Kreuze und Denkmäler innerhalb einer Frist von 3 Monaten beseitigt werden müssen. Geschieht dies nicht, so wird die Friedhofsverwaltung die Beseitigung vornehmen und über die zu entfernenden Materialien nach freiem Ermessen verfügen. Ebenso

verfahren wird mit Grabstätten, die im Jahre 1886 erworben und später auf weitere 30 Jahre wiedererworben worden sind. Sie sind im Jahre 1946 verfallen.

Zur Zeit findet die Neuaufstellung des Betriebsunternehmerverzeichnisses der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe für Freiburg und Vororte für das Jahr 1946 statt. Betriebsunternehmer, die seit Oktober 1945 den Betrieb eingestellt, neu eröffnet oder erweitert haben, werden bei der Vermeidung einer Strafe aufgefordert, bis zum 15. Februar dieses Jahres der Veranlagungsstelle hiervon Anzeige zu erstatten. Die Veranlagungsstelle befindet sich im Städtischen Steueramt, Kronenstraße 2. Das Unternehmensverzeichnis liegt bis zu diesem Zeitpunkt zur Einsichtnahme auf.

Am Dienstag, 28. Januar, findet im Trausaal des Rathauses eine Stadtratssitzung statt, deren Verlauf die Ernährungsfrage, der Wiederaufbau und die Brennstoffversorgung im Mittelpunkt der Diskussionen stehen werden.

Die Beratende Landesversammlung tritt zu ihrer nächsten Sitzung am Dienstag, 28. Januar, nachmittags 15 Uhr im Sitzungssaal des Freiburger Kaufhauses zusammen.

Nach einer von badischen Arbeitsministerium erlassenen Anordnung über den Arbeitseinsatz von 3. 8 46 müssen alle Angestellten, Arbeiter, Lehrlinge, Praktikanten und Volontäre im Besitz eines Berufsbuches sein.

## Freiburger Veranstaltungen

Samstag, 24. Januar:  
Städtische Bühnen, Casino: Der Wilschütz, 20 Uhr  
Städtische Bühnen, Kammertheater: Kabale und Liebe, 19.30 Uhr.

Sonntag, 25. Januar:  
Städtische Bühnen, Casino: Hoffmanns Erzählungen, 19 Uhr. — Der kleine Bauer, 20 Uhr  
Städt. Bühnen, Kammertheater: Mädi und Gewissen in Shakespeares Tragödien, 10.30 Uhr. — Stefan mit der langen Nase, 14.30 Uhr. — Komödie der Irrungen, 19 Uhr

Dienstag, 28. Januar:  
Städt. Bühnen, Casino: Neuzinszerlegung: Meine Schwester und Ich, 20 Uhr

Täglich:  
Casino-Lichtspiele: Der weiße Traum  
Friedrich-Lichtspiele: Vier Herzen  
Harmonie-Lichtspiele: Maria Chapdelaine  
Union-Lichtspiele: Die Satansboten  
Haus Stadelmann: Ausstellung Anton Karcher  
Siegfried Dufner: Ausstellung Olga Cohnh.im

und Schlechtwetterperioden zu einer Gefährdung des Wiederaufbaues unserer Städte und Dörfer auswirken muß. Die Bauarbeiter erheben deshalb die nachstehenden Forderungen: Einschaltung der Gewerkschaften bei allen Behörden und Instanzen, um eine entsprechende Kontrolle über die Produktion und Verteilung zu erhalten, sofortige Einstufung der Arbeiter im Bauhauptgewerbe in die Schwerarbeitergruppe Stufe III, Anerkennung der Bauarbeiter als Angehörige eines Prioritätsberufes, sofortige Freigabe von mindestens 1000 Paar Arbeitsschuhen, für die Dekung des allerdingendsten Bedarfs, sofortige Freigabe von Arbeitskleidung oder Stoffen, und laufend größere Zuteilungen an Fahrradbereifungen.

## Die schwere Sünde

Oberkirch. Anlässlich des Unterrichts in der Gewerbeschule äußerte der Kaplan August Kilthau, Oberkirch, im Laufe des Unterrichtsgesprächs folgendes:

„Es gibt eine schwere Sünde, die von vielen Leuten begangen wird, ohne daß sie es wissen!“  
Nein und tausendmal nein! Der Ungeist der Vernichtung, des Hasses und der Ueberheblichkeit muß ein für alle Mal gebannt werden. Beginnen wir mit den Kleinigkeiten im eigenen Haus, dann wird auch die friedliche Gemeinschaft menschlichen Geistes endlich einmal Wirklichkeit werden. V. K.

## Einbrüche in Lörrach

Lörrach. Die Kriminalpolizei gibt bekannt: In der letzten Zeit erfolgten mehrere Einbrüche im Stadtgebiet von Lörrach, darunter auch in einem größeren Tauchgeschäft. Den Tätern fiel eine größere Menge Kleidungsstücke und Lebensmittel in die Hände, wie Lederjacket, Fuchspelze, Herrenanzüge, Damenmäntel- und -blusen, Unterwäsche und Gebrauchswäsche sowie Damen- und Herrenschuhbekleidung jeder Art. Bei den Lebensmitteln handelt es sich um Erzeugnisse aus der Schweiz, Amerika und Dänemark. In einem Falle wurden mehrere Treibriemen gestohlen.

In der Nähe eines Tatortes wurde von einem Täter ein graumelierter halbgelblicher Wintermantel, ohne Gürtel und einer keinen abgeschabten Stelle am linken Arm, und 1 Paar graue Nappalederherrenhandschuhe gefunden. Am anderen Tatort benutzten die Täter ein Schindelmesser mit einer abgebrochenen Spitze.

Zur Feststellung der Täter ist die dringende Mithilfe der Bevölkerung erforderlich. Vertrauliche Mitteilungen nimmt jede Polizeidienststelle oder die Kriminalpolizei, Lörrach, Bahnhofstr. 4, entgegen. Die Angaben werden diskret behandelt.

Tabakwaren für Freiburg  
Wie uns der Freiburger Spezialhandel mit Tabakwaren mitteilt, gelangen für Freiburg ab Mittwoch, 29. Januar, die Tabakwaren für Januar und Februar zur Ausgabe.

Mit Rücksicht darauf, daß die Rationen für zwei Monate ausgegeben werden und erstmalig die Frauenraucherkarte zu bedienen ist, ferner die neuen Preise für Tabakwaren in Frage kommen, werden die Raucher gebeten, nicht eile am ersten Tage zu versuchen, die Tabakwaren einzukaufen, weil sonst der Andrang zu groß wird und die Bedienung darunter leidet. Die in Frage kommenden Geschäfte werden vom 29. Januar bis einschließlich 1. Februar jeden Tag vor- und nachmittags offen halten, so daß jeder Raucher ohne lange Anstehen zu müssen, schnellstens seine Tabakwaren erhält.

Verantwortlich für den Heimatsaal: Hans Adam Fischer, Oltensburg